



KANTON SCHAFFHAUSEN

RECHENSCHAFTSBERICHT 2009–2012

VOM REGIERUNGSRAT BESCHLOSSEN AM 15. JANUAR 2013



BERICHT UND ANTRAG DES REGIERUNGSRATES DES KANTONS SCHAFFHAUSEN AN DEN KANTONSRAT BETREFFEND RECHENSCHAFTSBERICHT 2009–2012

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen den Rechenschaftsbericht 2009–2012 des Regierungsrates zur Kenntnisnahme.

Nach Art. 54 in Verbindung mit Art. 63 der Kantonsverfassung legt der Regierungsrat Rechenschaft über die vergangene Amtsperiode ab. Der Kantonsrat nimmt von diesem Bericht Kenntnis.

BILANZ DER LEGISLATURPERIODE 2009–2012

Der Regierungsrat konnte in den vergangenen vier Jahren einen Grossteil seiner Ziele erreichen. Die Rahmenbedingungen für die Bevölkerung und die Wirtschaft konnten wiederum verbessert werden. Schaffhausen konnte als Hightech- und Dienstleistungsstandort sowie als Wohn- und Arbeitsort weiter etabliert werden. Dies wird auch durch die Steigerung der Bevölkerungszahl bestätigt. Dazu gehören auch die erzielten Erfolge im Verkehrsbereich – Einführung des Halbstundentaktes im Schnellzugsverkehr Schaffhausen–Zürich und der Ausbau des Agglomerationsverkehrs, insbesondere die S-Bahn Schaffhausen. Eine grosse Bedeutung in der vergangenen Amtsperiode hat das Thema Energie bekommen. Der Fokus lag einerseits auf der gezielten Förderung der er-

neuerbaren Energien und der Energieeffizienz und andererseits auf der Erarbeitung der Strategie zum langfristigen Ausstieg aus der Kernenergie.

Im Rechenschaftsbericht wird detailliert Bericht erstattet über den Stand der Realisierung der Ziele und Projekte des Regierungsrates in den Jahren 2009–2012. Die Mehrheit der Projekte konnte im Rahmen der Erwartungen vorangetrieben werden. Die umfangreiche Liste belegt, dass Parlament, Regierung und Verwaltung sowie alle weiteren Beteiligten ihre entsprechenden Aufgaben mit grossem Engagement und Erfolg angepackt haben. Es lässt sich damit eine sehr positive Bilanz der Legislaturperiode 2009–2012 ziehen.

Die Gründe für die Verzögerung bei einzelnen Projekten sind unterschiedlicher Natur. Zum einen mussten teilweise kurzfristig die Prioritäten anders gesetzt werden, zum andern hat sich in einigen Fällen aber auch die ursprüngliche Planung als zu optimistisch erwiesen. Vereinzelt wurden zudem Vorlagen erarbeitet, die im Legislaturprogramm nicht enthalten waren (z.B. Ausstieg aus der Kernenergie).

INHALTSVERZEICHNIS

1	Wirtschaft und Energie	2
2	Verkehr	7
3	Finanzen und Steuern	10
4	Bildung	12
5	Gesundheit	17
6	Soziale Wohlfahrt	19
7	Gesellschaft, Kultur, Sport	20
8	Sicherheit und Justiz	22
9	Siedlungsentwicklung und Umwelt	24
10	Verwaltung, Gemeinden und Aussenbeziehungen	28

1 WIRTSCHAFT UND ENERGIE

Wirtschaftsförderung

- Ergebnis:

Weiterführung der bisherigen Wirtschaftsförderungsinitiativen. Vertiefung Engagement in den neuen Weltmärkten (Schwerpunkt Indien/Asien).

Weitere Etablierung des Kantons Schaffhausen als Hightech- und Dienstleistungsstandort sowie als Wohn- und Arbeitsort. Gezieltes Standortmarketing weltweit mit positiven Resultaten (Anzahl Firmen, Wohnbevölkerung, Steuersubstrat).

Erweiterung des Wirtschaftsförderungsauftrages, um zunehmender Bedeutung der neuen Weltmärkte Rechnung zu tragen.

Regional- und Standortentwicklung

- Ergebnis:

Etablierung der Regional- und Standortentwicklung im Kanton Schaffhausen. Aufbau von Technologienetzwerken und gezielter Clusterpolitik.

Unterstützung von über 30 Machbarkeits- bzw. Umsetzungsprojekten zur Verbesserung der Standortqualität, wie z.B. International School oder Kongresszentrum. Aktuell rund 20 geplante Projekte.

Neues NRP-Umsetzungsprogramm 2012–15 wurde eingereicht und vom Bund als sehr gut beurteilt. Als Konsequenz Erhöhung der NRP-Mittel an Kanton Schaffhausen von 3 Millionen Franken auf 3,2 Millionen Franken sowie Erhöhung der Bundesmittel für interkantonale Projekte des Kantons Schaffhausen von 0,9 Millionen Franken auf 2 Millionen Franken.

Konjunkturprogramm

- Ergebnis:

Ausgleich der kalten Progression. Lancierung des Energieförderprogramms. Diverse Bauvorhaben, wie der Umbau des Kantonsratssaals und die Sanierung des Pflegezentrums.

Wohn- und Arbeitsortmarketing

- Ergebnis:

Verstärkte und erfolgreiche Bekanntmachung von Schaffhausen als attraktiver Wohnstandort im Rahmen der Imagekampagne (seit Mitte 2008) und dadurch vermehrte Wahrnehmung von Schaffhausen als attraktiver Wohn- und Arbeitsort in der Agglomeration Zürich. Zunahme der Wohnbevölkerung seit 2009. Positiver Wan-

derungssaldo aus anderen Kantonen. Intensive Bautätigkeit im Kanton nicht nur durch Private, sondern neu auch durch nationale, institutionelle Investoren wie SUVA oder Credit Suisse. Baulanddatenbank wurde als nützliches Instrument etabliert. Zusätzlich Realisierung einer Jobplattform für Firmen und Arbeitssuchende. Seit 2012 Pflege von Zielgruppen via neue Medien (Facebook, etc.).

Fortsetzung der Imagekampagne «Schaffhausen. Ein kleines Paradies.»

- Ergebnis:

Erfolgreiche Weiterführung der Imagekampagne auf den drei Ebenen Aktionen, Grossveranstaltungen und Messeauftritte (u.a. Hochzeit auf Rheinfaldfelsen, FamExpo).

Entlastung der KMU im administrativen Bereich

- Ergebnis:

Seit 2009 findet zu dieser Thematik eine institutionalisierte jährliche Aussprache zwischen Vertretern des Kantonalen Gewerbeverbandes sowie der Industrie- und Wirtschaftsvereinigung Schaffhausen und dem Regierungsrat statt mit dem Ziel, aktuelle Anliegen der KMU aufzunehmen, zu diskutieren und auf möglichst unbürokratische Art und Weise einer Lösung zuzuführen. Dieser verstärkte Dialog hat sich bewährt.

Arbeitsmarkt und Personenfreizügigkeit

- Ergebnis:

Die Personenfreizügigkeit wird vom Migrationsamt in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt gemäss den rechtlichen Vorgaben umgesetzt.

Neue arbeitsmarktliche Massnahmen wurden zielgruppenorientiert entwickelt und mit Erfolg eingeführt. Bestehende Massnahmen wurden den Bedürfnissen angepasst. Die persönlichkeitsorientierte Unterstützung wurde verstärkt, um die Integration in den Arbeitsmarkt zu erleichtern. Arbeitgeber werden aktiv besucht und nutzen vermehrt die vielfältigen Dienstleistungen des Regionalen Arbeitsvermittlungszentrums (RAV).

Die Kontrollen zur Bekämpfung des Lohndumpings und der Schwarzarbeit wurden verstärkt und werden zielgerichteter vorgenommen. Die Vorgaben des Bundes wurden dabei deutlich übertroffen. Mit diversen paritätischen Kommissionen wurden Zusammenarbeitsverträge abgeschlossen.

Marktbearbeitung, Akquisition und Ansiedlung

- Ergebnis:

Erfolgreiche Akquisitions- und Ansiedlungspolitik basierend auf systematischer Marktbearbeitung.

Kontinuierliche Vermarktung des Wirtschaftsstandorts weltweit durch Kontakte zu Multiplikatoren, regelmässige Besuche vor Ort über Netzwerke und lokale Repräsentanten.

Ansiedlung von rund 350 (+110 seit Ende 2008, Stichtag 25. Oktober 2012) neuen juristischen Einheiten mit rund 3'000 Arbeitsplätzen seit 1997. Zunahme kantonales Steuersubstrat aus Neuan-siedlungen seit Beginn kumuliert um über 300 Millionen Schweizer Franken. Zuzug von weiteren bedeutenden Headquarterfunktio-nen internationaler Unternehmen (z.B. Sourcefire, Broadsoft, Werner und Xylem).

Unterstützung ansässiger Unternehmen

- Ergebnis:

Systematische Kontaktpflege und Unterstützung bei zukunftsori-entierten Ausbauprojekten.

Systematische Kontaktpflege zu Konzernzentralen und lokalen Unternehmen im Rahmen des «Key Account Management»-Pro-gramms sowie Begleitung und Unterstützung von 20 ansässigen Unternehmen bei Ausbauprojekten.

Technologie- und Clustermanagement

- Ergebnis:

Weiterentwicklung, Betrieb und breitere Abstützung von Clusterni-tiativen zur Diversifikation der Wirtschaft. Stärkung der Innova-tionsfähigkeit sowie Förderung von Technologien und Vernetzung der ansässigen Unternehmen, insbesondere in den Bereichen Ma-terialtechnologie, Verpackung und Energie.

Substantielle Erweiterung der Mitgliederbasis des Industrie- und Technozentrums Schaffhausen (ITS); rund 100 erfolgreiche Tech-nologievermittlungen und –projekte; 28 Veranstaltungen und ge-meinsame Messestände. Weiterentwicklung und Betrieb des In-ternational Packaging Institute (IPI); gut 1'200 Teilnehmer in ca. 50 verschiedenen Aus- und Weiterbildungsangeboten. Initiierung einer überregionalen Innovationszelle Verpackung. Ansiedlung von 10 Materialtechnologie-Firmen im Technopark RhyTech – Materi-als World. Konzeption einer Clusterinitiative im Bereich Material-technologie. Initiierung Clusterentwicklung im Bereich nachhaltige Energie.

Tourismus

- Ergebnis:

Vernehmlassungsvorlage zur Tourismusgesetzrevision auf der Basis der Ergebnisse der im 2011 abgeschlossenen Wertschöp-fungsstudie erarbeitet. Es soll im Rahmen einer neuen Gesetzes-grundlage neben einem kantonalen Beitrag künftig auch eine ver-bindliche finanzielle Beteiligung der Leistungsträger oder anderer Leistungsnehmer der Schaffhauser Tourismusvermarktung festge-schrieben werden.

Landwirtschaft

- Ergebnis:

Initiierung und Begleitung von Projekten zur ländlichen Entwick-lung: Z.B. Projekt zur ländlichen Entwicklung Wilchingen, Osterfin-gen, Trasadingen (PREWO), Projekt «Puuremärkt», Entwicklungs-projekt Schaffhauser Landwirtschaft 2020 (Landwirtschaftliche Planung).

Bereinigung der Eigentumsverhältnisse am Rheinfall

- Ergebnis:

Per 1. Januar 2011 sind die Grundstücke bzw. Liegenschaften im «Rheinfallperimeter» im Baurecht von der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall an den Kanton Schaffhausen übergegangen. Zu-vor hatte der Regierungsrat der Übernahme der Liegenschaften im Baurecht am 24. Oktober 2010 zugestimmt. Die Neuhauser Stimmberechtigten hatten ihrerseits der Abtretung an den Kanton am 13. Februar 2011 mit einem Ja-Stimmenanteil von rund 71 % ebenfalls zugestimmt. Das Baurecht dauert bis Ende 2100.

Attraktivierungsmassnahmen Rheinfall

- Ergebnis:

Von 2009 bis 2012 konnten am Rheinfall diverse Attraktivierungs-projekte umgesetzt werden. Beim Schlössli Wörth wurde eine neue Verbindung zwischen bestehendem Betonpodest des Be-hindertenaufzuges und der bestehenden Zugangsbrücke ge-schaffen. Die Besucher können über einen neu gestalteten Weg auf der Rückseite des Selbstbedienungsrestaurants direkt zu den Schiffanlegestellen gelangen. Mit dieser Massnahme wurde für die Boottouristen ein Rundgang geschaffen, was den Rückstau im Innenhof des Schlösslis Wörth erheblich minimiert. Zudem wurde der Saal im 1. Obergeschoss im Schlössli Wörth saniert und das

Panoramarestaurant erstrahlt dank eines Beleuchtungersatzes in einem neuen Licht. An der Nohlstrasse wurde eine neue WC-Anlage gebaut und im Mühlenradhaus ist die bestehende WC-Anlage saniert und an die neuen Bedürfnisse angepasst worden. Im Erdgeschoss des Mühlenradhauses konnte eine neue Verpflegungsmöglichkeit geschaffen werden. Als Ersatz für die WC-Anlage an der Laufengasse wurde im Portiergebäude eine neue WC-Anlage installiert.

Der Kanton Schaffhausen hat per Anfang 2011 die Bewirtschaftung des Rheinfalls von der Gemeinde Neuhausen am Rheinfeld übernommen. Die Flächenbewirtschaftung wurde dem kantonalen Tiefbauamt übertragen. In den Jahren 2011 wurden die Parkplatzanlagen und Teile der Promenade baulich instandgesetzt. Zudem wurden die technischen Anlagen der Parkplätze sowie die Signalisation erneuert.

Besserer Zugang zum Rhein

- Ergebnis:

Die Aufwertung der Rheinuferstrasse in Schaffhausen mit einer Verbesserung des Zugangs zum Rhein wurde ins Agglomerationsprogramm aufgenommen. Die Stadt Schaffhausen ist federführend in der Projektbearbeitung. Es wurden verschiedene Aufwertungsmassnahmen in Bezug auf den Verkehrsfluss geprüft, wobei der Spielraum für die Umgestaltung der Strasse festgelegt wurde. Die Stadt Schaffhausen beabsichtigt, das Projekt in den Jahren 2013/2014 zu konkretisieren und in den Jahren 2015-2016 zu realisieren.

Energetische Sanierung eines kantonalen Gebäudes nach MINERGIE

- Ergebnis:

In der Munotsporthalle auf dem Emmersberg wurde ein Beleuchtungersatz nach Minergie Standard durchgeführt, das Gebäude wurde 2012 zertifiziert. Erstellung einer grossen Sonnenkollektoranlage auf einem kantonalen Gebäude: Auf den Dächern des Schulhauses BBZ konnten eine Fotovoltaikanlage mit einer Leistung von 30'000 kWh/a und auf den Dächern der Kantonsschule eine Anlage mit einer Leistung von 75'300 kWh/a installiert werden.

Weiterentwicklung Wärmeverbund Herrenacker

- Ergebnis:

Betreffend Wärmeverbund Herrenacker wurden mit den privaten Nutzern schriftliche Verträge abgeschlossen. Erweiterungspotenzial für zusätzliche Nutzer ist noch vorhanden. Aktuell werden noch Vertragsverhandlungen geführt. Ferner wurde ein Bericht zur möglichen Abwärmenutzung KWS (Kraftwerke Schaffhausen) erarbeitet. Die Umsetzung und Finanzierung einer möglichen Abwärmenutzung ist zur Zeit noch offen.

Revision des Baugesetzes

- Ergebnis:

Im Energiebereich erforderten die energiepolitischen Zielsetzungen, der technische Fortschritt, die Änderungen der Baufachnormen und die Harmonisierungsbestrebungen unter den Kantonen eine Anpassung des Baugesetzes. Am 1. Januar 2011 trat die entsprechende Revision des Baugesetzes in Kraft. Mit der Revision der energierelevanten Artikel im Baugesetz wurden die Anpassungen der Energie-Mustervorschriften 2008 berücksichtigt und die Harmonisierung mit den anderen Kantonen sichergestellt. Ferner wurden mit einer Teilrevision der Energiehaushaltverordnung die Neuerungen im Energiebereich weiter umgesetzt. Basis dazu bildeten auch hier die überarbeiteten harmonisierten Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich. Die neuen Anforderungen für Neubauten wirken sich auch auf die Anforderungen bei der Erneuerung bestehender Bauten aus. Bei einer Sanierung der Gebäudehülle gelten Anforderungen an die Wärmedämmung auf ähnlichem Niveau wie bisher bei Neubauten. So wird sichergestellt, dass die Sanierungsmassnahmen nach dem Stand der Technik realisiert werden. Die Energiehaushaltverordnung legt im Detail fest, welche Normen als verbindlich erklärt werden und mit welchen Massnahmen das Ziel erreicht werden kann.

Revision des Elektrizitätsgesetzes

- Ergebnis:

Gemäss einer vom Kantonsrat überwiesenen Motion soll künftig für die Erteilung von Konzessionen an Elektrizitätsunternehmen eine höhere Konzessionsgebühr als bisher verlangt werden (inkl. Anschlussgesetzgebung zum Stromversorgungsgesetz). Mit der Konzessionserteilung per 1. Januar 2007 an drei Konzessionsnehmer wurden die Netzgebiete im Sinne des Stromversorgungsgesetzes für 20 Jahre bis Ende 2026 bezeichnet und zugeteilt. Bis

zu diesem Zeitpunkt werden keine neuen Konzessionsgebühren anfallen. Die Revision des Elektrizitätsgesetzes ist für die Legislaturperiode 2013-2016 vorgesehen.

Gezielte Förderung der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz

- Ergebnis:

Das Förderprogramm Energie wurde gegenüber der letzten Legislatur ausgebaut. Schwerpunkte bildeten Gebäudehüllensanierungen, Minergie-Bauten, Solaranlagen, Holzfeuerungen, Anschluss an Wärmenetze, Ersatz von Elektroheizungen, Studien und Energiediagnosen. Die Nachfrage übertraf die Erwartungen. Bei der Ausschöpfung der Bundesbeiträge (Globalbeiträge) nahm der Kanton pro Kopf der Bevölkerung stets einen Spitzenplatz ein. Wegen einer ausserordentlich hohen und in diesem Umfang nicht erwarteten Nachfrage im Dezember 2011 musste das Programm infolge der begrenzten Mittel auf den 1. März 2012 angepasst werden.

Begleitung und Unterstützung eines RSE-Projekts «Energieleuchttürme Schaffhausen» zur Prüfung der Machbarkeit konkreter Projekte in den verschiedenen Bereichen erneuerbarer Energien.

Wahrnehmung der Vorbildfunktion des Kantons in Sachen Energieeffizienz und erneuerbare Energien

- Ergebnis:

Durch das Hochbauamt wurden grössere Solarstromanlagen auf öffentlichen Bauten erstellt (Kantonsschule) und geplant (BBZ). Die Munotsporthalle wurde soweit saniert, dass diese den Minergie-Standard für Modernisierungen erreicht. Die Verwaltung bezieht weiterhin erneuerbaren Strom.

Prüfung der strategischen Ausrichtung der Elektrizitätswerk des Kantons Schaffhausen AG im Hinblick auf die vollständige Strommarktliberalisierung

- Ergebnis:

Die Grundlagen für eine Anpassung der Eigentümerstrategie für die Elektrizitätswerk des Kantons Schaffhausen EKS AG im Zusammenhang mit der neuen Energiepolitik wurden erarbeitet. Daraus wurde ein Vorschlag für die neue Eigentümerstrategie formuliert. Die bereinigte Eigentümerstrategie soll 2013 vom Regierungsrat verabschiedet werden.

Erstellung eines kantonalen Nachhaltigkeitsberichtes basierend auf der nationalen Plattform «Cercle Indicateurs»

- Ergebnis:

Im Mai 2010 wurde erstmals ein Bericht zur nachhaltigen Entwicklung im Kanton Schaffhausen vorgelegt. Darin wurde in den drei Bereichen Umwelt, Gesellschaft und Wirtschaft eine Auslegeordnung und Bestandesaufnahme über die nachhaltige Entwicklung im Kanton vorgenommen. Im Rahmen von ESH3 wurde das Projekt «Nachhaltigkeitsbericht» wieder aufgegeben.

Impulsprogramm Solarenergie

- Ergebnis:

Das Impulsprogramm Solarenergie wurde Anfang 2011 gestartet. Die Nachfrage nach dem Förderprogramm, insbesondere nach Solarstromanlagen im Dezember 2011, war so gross, dass die Förderung von Solarstromanlagen per 1. März 2012 gestoppt werden musste. Eine detaillierte Auswertung erfolgt 2013, wenn alle Projekte abgeschlossen sind.

Langfristiger Ausstieg aus der Kernenergie

- Ergebnis:

Die Orientierungsvorlage des Regierungsrates betreffend Strategie zum Ausstieg aus der Kernenergie sowie der Grundlagenbericht wurden dem Kantonsrat am 30. August 2011 unterbreitet. Der Kantonsrat hat die Orientierungsvorlage am 3. September 2012 zur Kenntnis genommen und die aufgezeigte Stossrichtung mit 45 zu 9 Stimmen befürwortet.

Einführung der «Privaten Kontrolle» im Energievollzug

- Ergebnis:

Mit der Revision des Baugesetzes auf den 1. Januar 2011 wurde auch die private Kontrolle im Energievollzug eingeführt. Die für die private Kontrolle zugelassenen Fachleute wurden ausgebildet und die Gemeindevollzugsbehörden entsprechend instruiert. Die private Kontrolle ist demnach umgesetzt. Die wünschbare gegenseitige Anerkennung der Fachleute unter den Ostschweizer Kantonen ist in Arbeit.

Anpassung der Leitlinien und Massnahmen der kantonalen Energiepolitik 2008–2017

- Ergebnis:

Eine Überprüfung der «Leitlinien und Massnahmen der kantonalen Energiepolitik 2008-2017» zeigt nur einen geringfügigen Bedarf für Anpassungen. Die ursprünglich gesetzten Ziele für das Jahr 2017 werden unverändert beibehalten. Die Bereiche Wärmeproduktion durch erneuerbare Energie und Senkung des Energieverbrauchs bei kantonalen Bauten sind auf Zielkurs. Hingegen sind zur Erreichung der im Elektrizitätsbereich gesetzten Ziele deutlich schärfere Massnahmen nötig. Mit den in der Orientierungsvorlage des Regierungsrates zur Strategie zum Ausstieg aus der Kernenergie aufgeführten Massnahmen sollten die gesetzten Ziele erreichbar sein.

Anpassung des Energieförderprogramms

- Ergebnis:

Das Energieförderprogramm wurde mehrmals angepasst; dies aufgrund neuer Vorgaben und Programme des Bundes (z.B. das Gebäudeprogramm), Marktentwicklungen (z.B. Preisrückgang bei Solarstromanlagen), politischer Schwerpunkte (z.B. Impulsprogramm Solarenergie) und Budgetvorgaben. Mit der regelmässigen Anpassung wird das Programm effizienter (Energieertrag pro Förderfranken) und es können mehr Bundesmittel abgeholt werden.

Wärmeverbund Geissberg

- Ergebnis:

Grundlagenerarbeitung für einen Wärmeverbund Mühlenal/Geissberg: Ende 2011 konnte das Vorprojekt «Wärmeverbund Geissberg mit Anergienetz» (Nutzung von Abwärme) abgeschlossen werden. Das Projekt wurde zwischenzeitlich in das übergeordnete Projekt «Fernwärme Schaffhausen» (Städtische Werke / EKS AG / AXPO) überführt und wird dort weiterbearbeitet.

2 VERKEHR

Halbstundentakt im Schnellzugsverkehr Schaffhausen–Zürich

- Ergebnis:

Der Halbstundentakt wurde auf den Fahrplanwechsel vom 9. Dezember 2012 eingeführt und der Doppelspurausbau der SBB-Strecke Bülach–Schaffhausen rechtzeitig abgeschlossen.

Bessere Anbindung des Klettgaus an die A4 unter gleichzeitiger Entlastung von Neuhausen am Rheinfluss vom Durchgangsverkehr

- Ergebnis:

Mit der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) per 1. Januar 2008 wurde das Bauprojekt «Galgenbucktunnel» vom kantonalen Tiefbauamt dem Bundesamt für Strassen ASTRA übertragen. Das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK hat am 1. November 2010 die Plangenehmigungsverfügung (PGV) für das Projekt «Galgenbucktunnel» erteilt. Ende Oktober 2011 wurde mit der Strassenumlegung in der Engi begonnen. Diese Arbeiten konnten Mitte 2012 erfolgreich abgeschlossen werden. In der 2. Hälfte 2012 haben die Arbeiten zum Voreinschnitt Engi begonnen. Der Tunneldurchstich ist im Jahr 2016 geplant und die Eröffnung soll im Jahr 2019 erfolgen. Detaillierte Informationen zum Projekt sind unter www.galgenbucktunnel.ch abrufbar.

Neues Bahn- und Buskonzept im Klettgau

- Ergebnis:

Der Spatenstich für den Doppelspurausbau sowie die Elektrifizierung der DB-Linie im Klettgau fand am 5. November 2012 statt und das neue Bahn- und Buskonzept wird auf den Fahrplanwechsel im Dezember 2013 eingeführt.

Weiterentwicklung des Tarifangebots im öffentlichen Verkehr

- Ergebnis:

Der integrale Tarifverbund Schaffhausen (FlexTax) wurde auf den 1. Juni 2012 eingeführt und die Verknüpfung mit dem Zürcher Verkehrsverbund als integraler Z-Pass-Verbund wurde auf den Fahrplanwechsel vom 9. Dezember 2012 umgesetzt.

Verbesserung der Schienenverkehrssituation am Hoahrhein

- Ergebnis:

Das Vorprojekt für die Elektrifizierung der Hoahrheinstrecke nach Basel und das Angebotskonzept für den Halbstundentakt im Schnellzugsverkehr Singen–Schaffhausen–Waldshut–Basel liegen vor.

Flughafen Zürich-Kloten / Vermeidung einer einseitigen Fluglärmehrbelastung

- Ergebnis:

Eine einseitige Fluglärmehrbelastung im Norden des Flughafens Kloten sowie Einschränkungen im Planungs- und Baubewilligungsverfahren sind zu vermeiden. Der Regierungsrat hat die Interessen des Kantons Schaffhausen bei der Regelung der Fluglärmfrage im Zusammenhang mit dem Sachplan Infrastruktur Luftfahrt (SIL) und dem Objektblatt SIL sowie dem zu erneuernden Betriebsreglement des Flughafens Zürich gegenüber dem Bund aktiv vertreten. Anpassungen der Richt- und Nutzungsplanung waren bisher nicht erforderlich. Weil die Fluglärmproblematik nach wie vor aktuell ist, wird die Vermeidung einer einseitigen Fluglärmehrbelastung erneut als Ziel ins Legislaturprogramm 2013-2016 aufgenommen.

Revision des kantonalen Strassenrichtplans

- Ergebnis:

Der Regierungsrat hat die Vorlage zum Entwurf des revidierten Strassenrichtplans im Jahr 2010 verabschiedet und in die Vernehmlassung bei den Gemeinden, Parteien und Verbänden gegeben, worauf verschiedene Anpassungen folgten. Zudem hat das Parlament eine Volksmotion für ein kantonales Radwegnetz angenommen, was zu einer erneuten Anpassung mit einer Gesetzesänderung führte. Im April 2012 stimmte der Regierungsrat der revidierten Vorlage zu und übergab sie dem Kantonsrat. Der revidierte Strassenrichtplan wurde am 10. Dezember 2012 vom Parlament in erster Lesung beraten.

Verbesserung und Weiterentwicklung des S-Bahn-Angebots

- Ergebnis:

Die Betriebszeiten der direkten Flughafenverbindung mit der S16 von Schaffhausen über Winterthur wurden auf das Wochenende und am Abend ausgedehnt und es verkehren neuste Doppelstocktriebzüge. Weitere Taktverdichtungen und teilweise auch Verbesserungen beim Rollmaterial fanden auf den Linien Stein am Rhein–Winterthur (S29), Schaffhausen–Winterthur (S33) und auf der Seelinie zwischen Stein am Rhein und Schaffhausen sowie auf der DB-Linie statt. Auf der Linie Schaffhausen–Bülach–Zürich wurde im Vorgriff auf den Halbstundentakt im Schnellzugsverkehr eine Zwischenlösung mit zusätzlichen und von Rafz verlängerten S-Bahnen realisiert. Der Spatenstich für die S-Bahn Schaffhausen fand am 26. Januar 2012 statt.

Beteiligung an der Softwareapplikation «VIACAR» für Strassenverkehrsämter

- Ergebnis:

Die Auslagerung der Softwareapplikation «VIACAR» vom Kanton Aargau in eine Aktiengesellschaft erfolgte im Oktober 2010 mit der Gründung der Viacar AG. Nach einer umfassenden Vorbereitungsphase von über zwei Jahren und einer gleichzeitigen GATT/WTO-Ausschreibung für die Softwarepflege- und Entwicklungsarbeiten und den Rechenzentrumsbetrieb hat die Viacar AG den operativen Betrieb aufgenommen. Der Kanton Schaffhausen ist seit Juni 2012 als Aktionär mit Fr. 50'000 an der Viacar AG beteiligt.

Weiterführung der bewährten interkantonalen Zusammenarbeit im Bereich der Informatiklösung «VIACAR» für Strassenverkehrsämter

- Ergebnis:

Die Informatiklösung «VIACAR» für Strassenverkehrsämter wird von den Kantonen Aargau, Luzern, Schaffhausen, Waadt, Zug und Zürich gemeinsam genutzt. Mit Viacar werden rund 2.4 Mio. Fahrzeuge und Schiffe verwaltet, Steuern eingezogen, Führer- und Fahrzeugprüfungen disponiert, Informationen an die Bundessysteme weitergeleitet und zahlreiche weitere Services abgewickelt. Die Zusammenarbeit der Partnerkantone und der Viacar AG ist mit entsprechenden Dienstleistungsverträgen für die Geschäftsjahre 2011 bis 2016 detailliert geregelt.

Bessere Anbindung an die Agglomeration Zürich-Winterthur und Planung des Ausbaus der Stadtdurchfahrt A4 auf vier Spuren

- Ergebnis:

Am 22. Oktober 2010 konnte die Miniautobahn zwischen Uhwiesen und Andelfingen nach einer rund 3-jährigen Bauzeit feierlich dem Verkehr übergeben werden. Die Planung des Ausbaus der Nationalstrasse A4 zwischen Andelfingen und Winterthur wurde durch das Bundesamt für Strassen seit 2008 konsequent weiterverfolgt. Das Bundesamt für Strassen wird die öffentliche Auflage des Ausbauprojekts im Jahr 2013 durchführen. Die Realisierung ist ab dem Jahr 2016 geplant, sofern das eidgenössische Parlament im Rahmen des Programms zur Engpassbeseitigung auf dem Nationalstrassennetz den Baukredit genehmigt.

Im Jahr 2010 wurde die Planung für den Ausbau der Stadtdurchfahrt Schaffhausen durch das Bundesamt für Strassen aufgenommen. Parallel dazu wird das Ausführungsprojekt für die Ertüchtigung der Tunnelsicherheit erarbeitet. Das Generelle Projekt soll rechtzeitig zur parlamentarischen Beratung des Engpassbeseitigungsprogramms im Jahr 2014 fertiggestellt sein. Zu diesem Zeitpunkt wird entschieden, ob die nächsten Planungsschritte eingeleitet werden (Modulzuteilung Engpassbeseitigungsprogramm).

Umklassierung der A4 und der J15 (Netzbeschluss Nationalstrassennetz)

- Ergebnis:

Im Rahmen der Übertragung des Nationalstrassennetzes an den Bund (NFA) wurden das Nationalstrassennetz und die überregionalen Achsen in den Kantonen systematisch überprüft. Per Saldo soll das Nationalstrassennetz um rund 376 km erweitert werden, wobei die Kantone Strassenstrecken an den Bund abgeben. Der Kanton Schaffhausen ist der einzige Kanton, der mit dem Abtausch der heutigen A4 zwischen Schweizersbild und dem Grenzübergang Barga mit der Kantonsstrasse J15 zwischen Herblingen und dem Grenzübergang Thayngen netto rund 5 Strassenkilometer vom Bund übernimmt. Die Netzanpassung ist unbestritten und sollte vom Bundesparlament Anfang 2013 beschlossen werden. Auf operativer Ebene laufen alle Vorbereitungen zwischen Bund und Kantonen, sodass der Netzbeschluss per 1. April 2014 umgesetzt werden kann.

Zusammenlegung der Busbetriebe von Orts- und Regionalverkehr (Fusion VBSH und RVSH)

- Ergebnis:

Die Grundsatzbeschlüsse von Stadt- und Regierungsrat Schaffhausen liegen vor. Der Stadtrat Schaffhausen hat dem Grossen Stadtrat Ende 2012 eine Orientierungsvorlage zur Wahl der Rechtsform für einen Grundsatzbeschluss unterbreitet.

Ausbau des Agglomerationsverkehrs, insbesondere S-Bahn Schaffhausen

- Ergebnis:

Mit der Vorlage des Regierungsrates vom 23. November 2010 zum Programm Agglomerationsverkehr wurden die erforderlichen Grundlagen zum Ausbau des Agglomerationsverkehrs geschaffen. Das neue Gesetz über die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur vom 6. Juni 2011 ist am 1. November 2011 in Kraft getreten und in der Volksabstimmung vom 25. September 2011 wurde der Beschluss über die Bewilligung eines Rahmenkredites für den Bau der S-Bahn Schaffhausen angenommen. Mit Beschluss vom 14. Juni 2012 hat der Verein Agglomeration Schaffhausen (VAS) das Agglomerationsprogramm Schaffhausen der zweiten Generation verabschiedet und dem Bund fristgerecht Mitte 2012 eingereicht.

Kantonsbeitrag an Vorfinanzierung der Durchmesserlinie (DML)

- Ergebnis:

Mit Beschluss vom 2. April 2012 hat der Kantonsrat ein Darlehen an die SBB zur anteilmässigen Vorfinanzierung des Bundesbeitrags an die neue Durchmesserlinie im Hauptbahnhof Zürich bewilligt.

3 FINANZEN UND STEUERN

Finanzpläne

- Ergebnis:

Seit 2011 wird die Finanzplanung jährlich fortgeführt.

Vorlage an den Kantonsrat betreffend Ausgleich der kalten Progression

- Ergebnis:

Am 16. März 2009 hat der Kantonsrat der Vorlage des Regierungsrates vom 20. Januar 2009 zugestimmt und die kalte Progression ausgeglichen.

Vorlage an den Kantonsrat betreffend Erhöhung des Kinderabzuges auf 9'000 Franken (CVP-Initiative)

- Ergebnis:

Mit Vorlage vom 20. Januar 2009 hat der Regierungsrat dem Kantonsrat Bericht und Antrag unterbreitet. In der Folge wurde die Initiative zurückgezogen (vgl. Ratsprotokoll 2009, S. 158).

Vorlage an den Kantonsrat betreffend «Bierdeckel-Initiative» der FDP

- Ergebnis:

Am 20. Januar 2009 hat der Regierungsrat dem Kantonsrat Bericht und Antrag unterbreitet. Der Kantonsrat beschloss am 16. März 2009, den Stimmberechtigten die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen. Die Stimmberechtigten lehnten am 27. September 2009 die Initiative ab.

Vorlage an den Kantonsrat betreffend Initiative der Jungen SVP «Schluss mit der Diskriminierung der klassischen Familie» (Abschaffung des Kinderbetreuungsabzuges und Umlegung der dadurch erzielten Mehrsteuern auf den Kinderabzug)

- Ergebnis:

Am 20. Januar 2009 hat der Regierungsrat dem Kantonsrat Bericht und Antrag unterbreitet. Der Kantonsrat beschloss am 16. März 2009, den Stimmberechtigten die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen. Die Stimmberechtigten lehnten am 27. September 2009 die Initiative ab.

Product Management Steuern

- Ergebnis:

Das Product Management Steuern wurde weitergeführt.

Umsetzung der Revision des Finanzhaushaltgesetzes betreffend WoV (Budget 2011) unter Vorbehalt der Zustimmung der Stimmberechtigten

- Ergebnis:

In der Volksabstimmung vom 7. März 2010 haben die Stimmberechtigten der Änderung des Gesetzes über den Finanzhaushalt des Kantons (Finanzhaushaltgesetz) vom 17. August 2009 zugestimmt. Die Gesetzesänderung wurde auf den 1. April 2010 in Kraft gesetzt.

Pensionskasse

- Ergebnis:

Der Regierungsrat hat am 13. November 2012 dem Kantonsrat Bericht und Antrag zur Schaffung eines Pensionskassengesetzes unterbreitet. Damit sollen die bundesrechtlichen Vorgaben für öffentlich-rechtliche Pensionskassen umgesetzt und die Vorstellungen zur Sanierung der Kasse aufgezeigt werden.

Weiterführung der bewährten Steuerstrategie

- Ergebnis:

Die Steuerstrategie soll grundsätzlich weitergeführt werden. Allerdings musste der Regierungsrat dem Kantonsrat beantragen, die ihm unterbreiteten steuerlichen Entlastungen zu sistieren, weil die rapide Verschlechterung des Kantonshaushaltes als Folge der Einnahmehausfälle bei den Vermögenserträgen und den Kantonsanteilen an Bundeseinnahmen keine steuerlichen Entlastungen mehr zulies.

Rechnungslegungsmodell HRM2 (Harmonisiertes Rechnungsmodell 2)

- Ergebnis:

Mit den Massnahmen zur Entlastung des Kantonshaushaltes hat der Regierungsrat aus finanziellen und personellen Gründen (Einsatz der personellen Mittel für die Vorbereitung eines Programmes zur Entlastung des Staatshaushaltes) beschlossen, die Reform des Rechnungswesens auf 2017 zu verschieben.

Überprüfung der neuen Aufgabenteilung Kanton und Gemeinden

- Ergebnis:

Aufgrund der erforderlichen Massnahmen zur Entlastung des Kantons Haushaltes mussten die personellen Ressourcen zur Vorbereitung eines Programmes zur Entlastung des Staatshaushaltes eingesetzt und die Überprüfung der neuen Aufgabenteilung Kanton und Gemeinden auf die neue Legislaturperiode verschoben werden.

Entlastung des Staatshaushaltes (ESH3)

- Ergebnis:

Mit dem Staatsvoranschlag 2012 hat der Regierungsrat erste Entlastungsmassnahmen beschlossen, diverse Projekte eingestellt sowie die Investitionen neu priorisiert. Am 22. Mai 2012 hat er weitere Entlastungsmassnahmen in seinem Zuständigkeitsbereich beschlossen und dem Kantonsrat Bericht und Antrag unterbreitet.

Prüfung einer steuerlichen Privilegierung für Motorfahrzeuge mit Elektromotoren

- Ergebnis:

Die steuerliche Privilegierung von Personenwagen mit Elektroantrieb wurde im Jahr 2012 geprüft. Aufgrund der äusserst geringen Lenkungswirkung wurde die Umsetzung allerdings nicht weiterverfolgt. Die wenigen im Kanton Schaffhausen immatrikulierten Elektro-Personenwagen befinden sich im unteren Leistungsbe- reich, wo einerseits relativ geringe Steuerbelastungen resultieren, andererseits jedoch verhältnismässig hohe Fahrzeugleergewichte zu verzeichnen sind.

4 BILDUNG

Vorlage zur gestaffelten Einführung geleiteter Schulen

- Ergebnis:

Abgelehnt in der Volksabstimmung vom 11. März 2012.

Vorlage zur Neuregelung der Verteilung der Bildungskosten zwischen Kanton und Gemeinden

- Ergebnis:

Neue Regelung in Kraft getreten per 1. Januar 2012.

Erarbeitung von Grundlagen zur Schaffung und zur Finanzierung eines Zentrums für Hochschulen

- Ergebnis:

Vom Regierungsrat aufgrund der finanziell angespannten Lage nicht weiter verfolgt (RRB vom 8. November 2011).

PRIMAR- UND SEKUNDARSTUFE I

Beginn des Aufbaus der Schulverbände; Unterstützung der Gemeindebehörden

- Ergebnis:

Am 8. Februar 2009 wurde die Vorlage für ein Bildungs- und Schulgesetz abgelehnt, dadurch konnten keine der geplanten Arbeiten angegangen werden.

Erfolgreicher Abschluss Projekt «Zukunft Schaffhauser Sonderschulen»; Vorlage Anpassung Sonderschuldekret

- Ergebnis:

Das Sonderschuldekret wurde den aktuellen Gegebenheiten angepasst. Eine stetige Weiterentwicklung und Konsolidierung der einzelnen Bereiche ist im Gang.

Vorlage zur Totalrevision des Sonderschuldekrets (aufgrund geänderter Rahmenbedingungen durch NFA, IVSE und der erziehungsrätlichen Richtlinien für den sonderpädagogischen Bereich).

- Ergebnis:

Teilrevidiertes Dekret in Kraft getreten am 1. Januar 2011.

Vorlage betreffend kantonale Volksinitiative

«Schaffhausen ohne HarmoS!»

- Ergebnis:

Volksinitiative abgelehnt in der Volksabstimmung vom 28. November 2010.

Planung und Umsetzung einer auf den Bildungsstatistikdaten basierenden Schulverwaltungsverbundlösung an der Primar- und Sekundarstufe I

- Ergebnis:

Die Einführung der Schulverwaltungslösung iCampus in allen Schaffhauser Gemeinden ist abgeschlossen. Der Betrieb und Support dieser Verbundaufgabe wird durch den Kanton gewährleistet. Die in iCampus vorhandenen Daten bilden die Grundlage für die elektronische Lieferung der Statistikdaten der Lernenden (SdL) und des Schulpersonals (SSP) der Volksschule des Kantons Schaffhausen an das Bundesamt für Statistik (BfS).

Die nun zweijährige Erfahrung zeigt, dass sich die Abläufe nach anfänglichen Schwierigkeiten allmählich einspielen. Grundsätzlich darf festgehalten werden, dass mit der Beschaffung und Einführung einer kantonalen Schulverwaltungslösung ein wichtiger Schritt zur Modernisierung und Vereinheitlichung hin zu einer zeitgemässen eGovernment-to-eGovernment-Lösung gemacht wurde. Der Mehrnutzen für alle Beteiligten ist ausgewiesen. Das Projekt wird mit einer Verzögerung von Seiten der Partnerfirma Dialog voraussichtlich Mitte 2013 abgeschlossen und in die Betriebsphase überführt.

Verbesserte Ermittlung des individuellen sonderpädagogischen Bedarfs durch Einführung eines standardisierten Verfahrens

- Ergebnis:

Das standardisierte Abklärungsverfahren wurde eingeführt und ist jetzt bei der Abteilung Schulische Abklärung und Beratung in der Erprobungsphase. Diese Einführung wurde und wird durch entsprechende Schulung begleitet.

Einführung eines einheitlichen Prophylaxekonzeptes für die ganze Schulzahnklinik (Gruppenprophylaxe, Individualprophylaxe, allgemeine Behandlungen und Kieferorthopädie)

- Ergebnis:

Das einheitliche Prophylaxekonzept wurde eingeführt.

Grundlagenarbeiten für einen zweiten Anlauf zur Totalrevision des Schulgesetzes und zur Schaffung eines Bildungsgesetzes

- Ergebnis:

Nach der Ablehnung eines neuen Bildungs- und Schulgesetzes am 8. Februar 2009 wurde unter Einbezug der verschiedenen Interessengruppen herausgearbeitet (u.a. Grossgruppenveranstaltung Oktober 2009), welche Inhalte und Schwerpunkte ein neues Bildungsgesetz haben müsste. Aufgrund der Ergebnisse hat die Regierung im Januar 2010 festgelegt, eine Teilrevision des bestehenden Schulgesetzes vorzunehmen mit dem Teilprojekt Einführung von geleiteten Schulen.

Vorbereitung der Schweizerischen Lehrerweiterbildungskurse 2012 in Schaffhausen

- Ergebnis:

Kurse erfolgreich in der Zeit vom 9.–20. Juli 2012 durchgeführt.

Standardisiertes Abklärungsverfahren im sonderpädagogischen Bereich

- Ergebnis:

Die technische Implementierung des Tools war und ist nicht einfach zu bewerkstelligen. Die Erprobungsphase hat inzwischen begonnen und ab Schuljahr 2012/13 wird durch die Abteilung Schulische Abklärung und Beratung in möglichst allen Fällen mit dem neuen Abklärungsverfahren gearbeitet.

Vorlage zur Umsetzung der Vorgaben des HarmoS-Konkordats

- Ergebnis:

Der Entwurf der Vorlage an den Kantonsrat ist erstellt; die Überweisung erfolgt im 1. Quartal 2013.

Projekt «Zukunft Lehrberuf» in Verbindung mit einem neuen Berufsauftrag für Lehrpersonen der Primar- und Sekundarstufen I und II:

- Ergebnis:

Aufgrund der finanziellen Lage des Kantons hat die Regierung einen Antrag des Erziehungsdepartementes für die Realisierung einiger Attraktivierungsmassnahmen für den Lehrerberuf abgelehnt bzw. nur kostenneutrale Massnahmen gutgeheissen. Die Arbeiten am Berufsauftrag wurden sistiert bis klar war, welche Sparmassnahmen (ESH3) umgesetzt werden sollen. Das ED hat die Arbeiten gegen Ende 2012 wieder aufgenommen. Bei der Weiterarbeit wird das Thema «Zukunft Lehrerberuf» mitberücksichtigt.

MITTELSCHUL- UND BERUFSBILDUNG

Versuchsweise Einführung von bilinguaem Sachunterricht an der Handelsschule KVS

- Ergebnis:

Zur Zeit ist die Handelsschule HKV in den Vorbereitungsarbeiten, indem einzelne Lehrpersonen auf diesen Unterricht geschult und vorbereitet werden. Der Start ist geplant auf 2013.

Erteilung von 100 neuen Ausbildungsbewilligungen an Lehrbetriebe, wovon 1/3 im Bereich Attestausbildung

- Ergebnis:

In den vergangenen vier Jahren hat sich die Situation auf dem Lehrstellenmarkt grundlegend geändert. Heute sprechen wir von «Lehrlingsmangel», während vor vier Jahren von Lehrstellenmangel gesprochen wurde. Die Zahl der neuen Ausbildungsplätze konnte kontinuierlich ausgebaut werden, was zur Folge hatte, dass Jahr 2011 ein Rekord an neu abgeschlossenen Lehrverträgen verzeichnet wurde. Auch die Zahl der Attestausbildungsplätze konnte gemäss Legislaturziel ausgebaut werden, so dass der Kanton Schaffhausen heute auf Platz 5 der Rangliste mit den meisten Attestausbildungsplätzen zu finden ist.

Grundlagenbericht «Kanti 2015 – Handlungsfelder – Optionen – Konsequenzen» unter Berücksichtigung aller Schnittstellen (Stärkung Naturwissenschaften, Aufnahmeprüfung, Entwicklung in anderen Kantonen und auf Bundesebene, zweite Evaluation des Maturitätsanerkennungsreglements [EVAMAR II]) mit konkreten Umsetzungsmöglichkeiten und Kostenfolgen;

Umsetzung von Handlungsfeldern

• Ergebnis:

Die Forderung nach Interdisziplinarität wurde durch die Einführung von interdisziplinären Angeboten für alle Abschlussklassen realisiert. Mit dem Koreferentensystem bei den Maturarbeiten und den selbstständigen Arbeiten wurde eine stärkere Harmonisierung in der Bewertung erreicht. Mit zusätzlichen Laborlektionen konnten die Naturwissenschaften gefördert werden.

Die Förderung der Erstsprachkompetenz (Einführung der Facharbeit Deutsch), die Erweiterung des Immersionsunterrichts auf die Ausbildungsprofile N und M sowie ein Teil des Laborunterrichts (Physik 3. Klassen) wurden aufgrund der finanziellen Einsparungen im Rahmen des Projektes Entlastung des Staatshaushaltes (ESH3) nicht umgesetzt.

Koordination der bestehenden Brückenangebote (Berufsvorbereitungsjahr, Sprungbrett, BOA [Bildung, Orientierung, Arbeit])

• Ergebnis:

Am 30. März 2010 nahm der Regierungsrat Kenntnis vom Projektbericht Koordination der Brückenangebote, welches drei Teilprojekte «Koordination Brückenangebote», «Case Management 3» und «Bereitstellen niederschwelliger Ausbildungsplätze» beinhaltete. In der Zwischenzeit sind diese drei Projekte erfolgreich umgesetzt.

Validierung von bereits erbrachten Bildungsleistungen für das eidg. Fähigkeitszeugnis (EFZ) in Zusammenarbeit mit anderen Kantonen, insbesondere in den Pflege- und sozialen Berufen

• Ergebnis:

Bei der Abteilung Berufsbildung wurde zu diesem Zweck ein «Validierungsportal» eingerichtet. Hier werden Erwachsene in der Frage, welches der für sie der beste Weg zu einem Berufsabschluss ist, kompetent beraten. Dazu gehört auch die Vermittlung an Validierungsorganisationen in anderen Kantonen. Bisher haben 6 Personen auf diesem Weg einen Berufsabschluss erlangt.

Ergreifen von Massnahmen zur Steigerung der Anzahl Berufsabschlüsse im Pflegebereich in Zusammenarbeit mit den Organisationen der Arbeitswelt (OdA) und dem Gesundheitswesen

• Ergebnis:

Die Anzahl Berufsabschlüsse im Pflegebereich konnte auf allen Stufen gesteigert werden. Im niederschweligen Bereich ersetzt die zweijährige EBA-Ausbildung zur Assistentin Gesundheit und Soziales die bisherige einjährige Pflegeassistentin. In der EFZ Ausbildung zur FAGE wie auch zur FABE können je zwei Klassenzüge gefüllt werden. Auch die HF Pflege erfreut sich einer grossen Zahl an Studierenden. Mit dem geplanten Start eines Klassenzuges für eine verkürzte Ausbildung für FAGE ist auch dort mit einem doppelt geführten Klassenzug zu rechnen.

Anerkennung der HF Pflege und der HF Wirtschaft durch das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT)

• Ergebnis:

Die HF Pflege wurde vom Bund im Jahre 2011 vollumfänglich anerkannt. Die HF Technik steht mitten im Anerkennungsverfahren, parallel zum ersten Studiengang mit revidiertem Lehrplan. Die Anerkennung wird auf das Jahr 2014 erwartet.

Abschluss und Evaluation des Pilotprojektes «Case Management Berufsbildung» und dessen Überführung in den definitiven Betrieb

• Ergebnis:

Per 1. Januar 2012 wurde das Case Management Berufsbildung in den definitiven Betrieb überführt. Nach mehrjähriger Pilotphase konnte mit dem Evaluationsbericht aufgezeigt werden, dass die vom Bund anvisierten Ziele erreicht werden.

Einführung der neuen zweijährigen Grundbildung mit Attest «Assistentin Gesundheit und Soziales»

• Ergebnis:

Im Jahre 2013 werden die ersten beiden Klassen ihre Ausbildung abschliessen.

Umsetzung des Projektes «Mehr Ausbildungsplätze für Pflegefachleute HF»

- Ergebnis:

Eine neue Vereinbarung der IGB für einen Ausbildungsverbund wurde erarbeitet, ist von allen Seiten akzeptiert und wurde unterzeichnet. Es sind bereits mindestens fünf Institutionen im Kanton Schaffhausen, die zusätzliche Praxisplätze für HF Pflege anbieten.

Einführung der revidierten Bildungsverordnung und des Bildungsplans für Kaufleute EFZ

- Ergebnis:

Mit Lehrbeginn 2012 ist der Start in die revidierte Grundbildung mit dem 1. Lehrjahr (einlaufend) erfolgt. Die Implementierung erfolgte in enger und guter Zusammenarbeit mit der Berufsfachschule HKV und dem Kaufmännischen Verband.

Einführung einer Vorlehre (Berufsvorbereitungsjahr) für den Beruf Fachfrau/-mann Betreuung

- Ergebnis:

Die Vorlehre startet ins zweite Unterrichtsjahr. Im ersten Jahr wurde diese Vorlehre bereits in zwei Klassenzügen mit 24 Teilnehmenden durchgeführt. Das Schulangebot scheint in der Praxis akzeptiert und wird so auch benutzt.

Attraktivierung und Harmonisierung des Stipendienwesens

- Ergebnis:

Die vorbereitenden Arbeiten sind abgeschlossen und liegen bereit für die politische Diskussion und Bearbeitung.

HOCHSCHULBILDUNG

Formulierung einer sich nachhaltig auf den Bildungs- und Wirtschaftsstandort Schaffhausen auswirkenden hochschulpolitischen Strategie

- Ergebnis:

vgl. oben «Erarbeitung von Grundlagen zur Schaffung und zur Finanzierung eines Zentrums für Hochschulinstitute».

Abschluss des Projektes PSHH+ (angestrebte Neupositionierung) inklusive Umsetzung der Ergebnisse nach Verabschiedung durch Erziehungsrat und Regierungsrat

- Ergebnis:

Die Zielsetzungen in den 12 Entwicklungsfeldern wurden in Angriff genommen und in den entscheidenden Punkten umgesetzt: Die PSHH positioniert sich unter dem Motto «eigenständig und vernetzt» mit einem klar kommunizierten Profil. Die Studierendenzahl hat sich innerhalb von zwei Jahren verdoppelt, der Anteil ausserkantonaler Studierenden ist auf 46% angestiegen. Die Kosten pro Studentin bzw. Student konnten massiv gesenkt werden. Die PSHH wird zunehmend als Kompetenzzentrum wahrgenommen. Ihre Dienstleistungen im Bereich Aus- und Weiterbildung werden von Schulen und Betrieben des Kantons Schaffhausen in Anspruch genommen. Mit einem laufenden Nationalfondsprojekt hat die PSHH im Bereich Forschung und Entwicklung national und im angrenzenden Ausland Anerkennung gefunden.

Abschluss Konzeptentwicklung NOVA 11: Neugestaltung der Ausbildung im Rahmen der Vorgaben der PHZH.

Konkrete Planung und Umsetzung des Herbstsemesters 2011

- Ergebnis:

Der Studienplan NOVA 11 ist erarbeitet, die Module sind bis und mit Frühlingsemester 2013 ausgeschrieben.

Konzept Forschung & Entwicklung an der PSHH in Kooperation mit der PHZH gemäss Kooperationsvertrag Ziffer 10 und dem Bericht PSHH+

- Ergebnis:

Die Forschungstätigkeit ist an personelle Voraussetzungen und Ressourcen gebunden. Diese haben zu eigenständigen Forschungsprojekten geführt, die durch Drittmittel unterstützt werden: Nationalfonds, Universität Freiburg, Forschungsprojekt PRIMEL. Damit hat die PSHH unabhängig von der PHZH ein eigenes Profil entwickelt.

**Positionierung der Vorschulstufe in Ausbildung und
Anerkennung in Zusammenarbeit mit dem
Erziehungsdepartement des Kantons Schaffhausen**

- Ergebnis:

Die PSHS prüft erweiterte Studiengänge für die Vorschulstufe. Dies geschieht in Absprache und Kontakt mit dem Erziehungsdepartement. Die veränderten gesetzlichen Grundlagen (HFKG, PH-Gesetz PHZH) werden in die Überlegungen einbezogen.

Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz HFKG

- Ergebnis:

Vernehmlassung der EDK bei den Kantonen durchgeführt.

**Abschluss des Prozesses der Lehrerbildung auf tertiärer
Stufe mit Sicherstellung des professionellen
Studienbetriebes einer mittelgrossen Pädagogischen
Hochschule**

- Ergebnis:

Mit NOVA 11 ist die «Pionierphase» der PSHS abgeschlossen. Das Ausbildungskonzept berücksichtigt Evaluationsergebnisse und setzt Folgerungen um. Der Wandel von einer kleinen zu einer mittleren Grösse ist bezüglich Logistik vollzogen, administrativ braucht es noch weitere Formalisierungen von Abläufen.

5 GESUNDHEIT

Totalrevision Gesundheitsgesetz

- Ergebnis:

Gestützt auf die Vorlage des Regierungsrates vom 14. Juni 2011 hat der Kantonsrat am 21. Mai 2012 das totalrevidierte Gesetz verabschiedet. Das Gesetz (inkl. ärztliche Medikamentenabgabe) wurde in der Volksabstimmung vom 25. November 2012 angenommen.

Umsetzung Altersbetreuungs- und Pflegegesetz; Regionalisierung der Spitex-Versorgung

- Ergebnis:

Nach einer zweistufigen Vernehmlassung hat der Regierungsrat die Verordnung zum Altersbetreuungs- und Pflegegesetz vom 10. Februar 2009 erlassen. Die Umsetzung durch die Gemeinden im Rahmen der Übergangsfrist bis Ende 2010 wurde durch das Departement des Innern begleitet. Die Umsetzung der Spitex-Regionalisierung in den Gemeinden Beggingen und Schleithelm ist noch pending (hängiger Rekurs vor Obergericht).

Bauliche Sanierung des Pflegezentrums

- Ergebnis:

Der Kantonsrat hat am 15. Dezember 2008 die Vorlage des Regierungsrates vom 21. Oktober 2008 genehmigt (Kredit 4,4 Mio. Franken). Die entsprechenden baulichen Massnahmen wurden in den Jahren 2009 und 2010 realisiert.

Evaluation der Zusammenarbeit Kanton - Spitäler Schaffhausen

- Ergebnis:

Im Rahmen der Jahreskontrakte 2011, 2012 und 2013 wurden die Finanzierungsregeln für die stationären Spitalbehandlungen, die Langzeitpflege und die Investitionen an die neuen Bundesvorgaben zur Spital- und Pflegefinanzierung angepasst. Im Rahmen des Jahreskontraktes 2013 wurden überdies der Immobiliennutzungsvertrag angepasst und die Umstellung der Rechnungslegung auf die Normen von Swiss GAAP-FER vorbereitet.

Im 4. Quartal 2012 wurde eine Arbeitsgruppe zur Prüfung alternativer Eigentums-Optionen für die Spitalbauten eingesetzt. Im Gespräch ist dabei unter anderem eine allfällige Ablösung der bisherigen Miet-Lösung durch Übertragung der Liegenschaften ins Eigentum der Spitäler. Im Rahmen des Programms ESH3 schliess-

lich wurden den Spitätern Schaffhausen seitens des Kantons Sparvorgaben gemacht mit dem Ziel einer Beitragsreduktion um 4,5 Mio. Franken innert dreier Jahre.

Anpassung der Gebührenordnung für die Fleischkontrolle

- Ergebnis:

Die revidierte Verordnung über die Gebühren für die Fleischkontrolle wurde am 19. Januar 2010 verabschiedet und per 1. April 2010 in Kraft gesetzt. Grundsätzlich wurden dabei die vom Bund vorgegebenen Höchstansätze übernommen.

Auflösung Viehhandelskonkordat

- Ergebnis:

Die Auflösung des Interkantonalen Viehhandelskonkordats konnte in dieser Legislaturperiode noch nicht umgesetzt werden, da die durch das Bundesrecht zu schaffenden Rahmenbedingungen erst am 16. März 2012 mit der Verabschiedung des revidierten eidgenössischen Tierseuchengesetzes erlassen wurden. Nachdem das Stimmvolk das Tierseuchengesetz an der Volksabstimmung vom 25. November 2012 bestätigt hat, ist eine Auflösung des Interkantonalen Viehhandelskonkordats in der kommenden Legislaturperiode möglich.

Implementierung neue Hundegesetzgebung

- Ergebnis:

Das neue Hundegesetz konnte auf den 1. April 2009 in Kraft gesetzt werden. Aufgrund zweier schwerer Bissunfälle erweiterte der Regierungsrat im gleichen Jahr die Liste der potentiell gefährlichen Rassetypen, für die eine Haltebewilligung erforderlich ist. Gegen diese Verschärfung der Hundeverordnung wurde beim Obergericht ein Normenkontrollverfahren eingeleitet. Dieses wurde am 5. August 2011 abgewiesen und der Beschluss des Regierungsrates vollumfänglich bestätigt. Im Übrigen hat sich die Umsetzung der verschiedenen neuen Bestimmungen der Hundegesetzgebung wie Bewilligungsverfahren, Abgabenregelung, Präventionsmassnahmen und Massnahmen bei Zwischenfällen rasch und gut eingespielt.

Umsetzung der neuen Bundesvorgaben zur Pflegefinanzierung

- Ergebnis:

Zur Umsetzung der neuen Bundesvorgaben wurde in einem ersten Schritt das Altersbetreuungs- und Pflegegesetz revidiert. Die entsprechende Vorlage des Regierungsrates vom 1. Juni 2010 wurde vom Kantonsrat am 10. September 2010 verabschiedet. In der Folge erliess der Regierungsrat am 28. September 2010 die Verordnung zur Finanzierung der Pflegekosten im Jahre 2011 und revidierte am 15. November 2011 die Verordnung zum Altersbetreuungs- und Pflegegesetz.

Erlass einer neuen Spitalliste im Sinne des KVG

- Ergebnis:

Im November 2011 wurde ein vom Departement des Innern erarbeiteter Entwurf eines Planungsberichts zur Spitalversorgung 2012 / 2020 in die Vernehmlassung geschickt. Die bereinigte Vorlage legte der Regierungsrat dem Kantonsrat am 18. September 2012 vor. Nach Abschluss der Beratungen und Genehmigung des Planungsberichts durch den Kantonsrat folgt anfangs 2013 der Erlass der neuen Spitalliste durch den Regierungsrat.

Orientierungsvorlage für Um- und Erneuerungsbauten für die Akutmedizin am Standort Kantonsspital (inkl. Orientierungsvorlage zur Entwicklung der Spitäler Schaffhausen)

- Ergebnis:

Ende Januar 2012 hat der Regierungsrat Bericht und Antrag über die Planungen zur baulichen Erneuerung der Spitäler Schaffhausen (Orientierungsvorlage) zuhanden des Kantonsrates verabschiedet. Der Kantonsrat hat der Vorlage am 11. Juni 2012 zugestimmt und einen Projektierungskredit in der Höhe von 2,9 Mio. Franken bewilligt.

Überarbeitung des kantonalen Altersleitbildes

- Ergebnis:

Die kantonale Alterskommission hat die Umsetzung des Altersleitbildes 2006 evaluiert und per Ende 2012 einen Bericht zuhanden des Regierungsrates verfasst.

Überprüfung der psychiatrischen Langzeitversorgung und der Heimplanung

- Ergebnis:

Im Rahmen des Planungsberichts zur Spitalversorgung 2012 / 2020 wurde der aktuelle Planungsstand dargelegt. Gestützt darauf wird Anfang 2013 eine Projektgruppe zur Erarbeitung eines kantonalen Psychiatriekonzeptes eingesetzt.

6 SOZIALE WOHLFAHRT

Förderung der Eingliederung von Menschen mit Behinderung

- Ergebnis:

Die bisherige Behindertenpolitik des Bundes wurde in der NFA-Übergangszeit kantonal umgesetzt und weiterentwickelt.

Leitbild «Leben mit Behinderung»

- Ergebnis:

Das kantonale Leitbild «Leben mit Behinderung» wurde nach breit abgestützter Erarbeitung und Vernehmlassung am 6. März 2012 vom Regierungsrat zur Kenntnis genommen und am 13. Juni 2012 der Öffentlichkeit vorgestellt.

Revision Arbeitslosenhilfegesetz

- Ergebnis:

Die notwendigen Anpassungen aufgrund der neuen Bestimmungen des Bundesgesetzes über die Arbeitslosenversicherung (AVIG) per 1. April 2011 konnten mittels Änderungen der Verordnung zum Arbeitslosenhilfegesetz vorgenommen werden. Der Regierungsrat hat diese am 5. Juli 2011 verabschiedet und per 1. August 2011 in Kraft gesetzt.

Revision des Sozialhilfegesetzes

- Ergebnis:

Der Entwurf des revidierten Sozialhilfegesetzes wurde vom Regierungsrat verabschiedet und am 18. September 2012 in eine breite Vernehmlassung bei Gemeinden, Parteien und interessierten Verbänden geschickt. Nach Auswertung der Ende November 2012 beendeten Vernehmlassung wird der Regierungsrat den definitiven Entwurf des revidierten Sozialhilfegesetzes dem Kantonsrat im ersten Quartal 2013 vorlegen.

Asyl- und Flüchtlingsbereich

- Ergebnis:

Die finanzielle Verlagerungspolitik des Bundes und die grossen Schwankungen der Bundeszuweisungen konnten in guter Zusammenarbeit mit den Gemeinden aufgefangen werden.

Revision des Gesetzes über Familien- und Sozialzulagen

- Ergebnis:

Die im kantonalen Gesetz (FSG) notwendigen Anpassungen an die neuen Bestimmungen ab 2013 (Zulagen für Selbständigerwerbende) hat der Kantonsrat am 20. August 2012 verabschiedet. Sie treten am 1. Januar 2013 in Kraft.

Neuregelung der Prämienverbilligung in der Krankenversicherung

- Ergebnis:

Der Regierungsrat hat am 12. April 2011 eine Vorlage zur Revision des Dekrets über den Vollzug des Krankenversicherungsgesetzes zu Händen des Kantonsrates verabschiedet. Der Kantonsrat hat der Vorlage am 31. Oktober 2011 in modifizierter Form zugestimmt.

Vorlage zur Volksinitiative «für bezahlbare Krankenkassenprämien (Prämienverbilligungsinitiative)»

- Ergebnis:

Der Regierungsrat hat am 6. März 2012 zuhanden des Kantonsrates beantragt, der Initiative einen Gegenvorschlag gegenüberzustellen. Der Kantonsrat hat am 11. Juni 2012 beschlossen, die Initiative mit ablehnender Empfehlung ohne Gegenvorschlag zur Abstimmung zu bringen. In der Volksabstimmung vom 25. November 2012 wurde die Initiative von einer Mehrheit der Stimmenden angenommen. Der Regierungsrat wird dem Kantonsrat im Jahr 2013 eine Dekretsvorlage zur Umsetzung der Initiative per 2014 vorzulegen haben.

Sozialhilfe-Handbuch

- Ergebnis:

Das komplett überarbeitete, 183 Seiten umfassende Sozialhilfe-Handbuch wurde am 21. Januar 2009 unter <https://www.sh.ch/sec/Sozialamt.50.0.html> im Internet veröffentlicht und ist seither für alle Personen einsehbar.

Alimentenhandbuch

- Ergebnis:

Ein Praxishandbuch zur Alimentenhilfe wurde am 29. März 2012 den Gemeinden mittels passwortgeschützter Internet-Plattform zugänglich gemacht.

7 GESELLSCHAFT, KULTUR, SPORT

Jugend und Familie

- Ergebnis:

Der Regierungsrat misst aufgrund seiner Entwicklungsstrategie der Jugend und den Familien eine hohe Bedeutung zu. Als Grundlage der weitergeführten Arbeiten dienten das Kantonale Bericht zur Familienpolitik im Kanton Schaffhausen (2010), die Verordnung über die Zusammenarbeit in der Jugendpolitik und Jugendhilfe (2007) und die Leitlinien Frühe Förderung (2011). Die zahlreichen Arbeiten werden allesamt mit ED-internen Ressourcen geleistet, Ausnahme bildet die 20%-Stelle einer Jugendbeauftragten, die sich sehr bewährt hat. Im Bereich Jugend stand die Begleitung, Unterstützung und Förderung der kommunalen bzw. regionalen Jugendarbeit, von Jugendverbänden und von Jugendprojekten im Zentrum der Tätigkeiten. Es wurden diverse Konferenzen und Vernetzungstage der kommunalen Jugendreferenten/-innen sowie der jährliche Wettbewerb durchgeführt. Erfreulich ist die Durchführung einer 1. Session des Kantonalen Jugendparlamentes (JUPA) im Herbst 2012. Im Bereich Frühe Förderung wurden in Zusammenarbeit mit INTEGRES verschiedene Vernetzungstage organisiert und durchgeführt.

Vorlage zur Schaffung von bedarfsgerechten Tagesstrukturen

- Ergebnis:

Der Entwurf der Vorlage an den Kantonsrat ist erstellt; die Vernehmlassung bei den Gemeinden ist in der ersten Jahreshälfte 2013 vorgesehen.

Kantonale Ansprechstelle Integration

- Ergebnis:

Das zuständige kantonale Departement des Innern hat den kantonalen Integrationsdelegierten als Ansprechstelle für Integration bezeichnet und ihm die damit zusammenhängenden Aufgaben gemäss Ausländergesetz und Integrationsverordnung übertragen. Der kantonale Integrationsdelegierte und die Integrationsfachstelle Integres sind damit beauftragt, die Schaffhauser Leitlinien für eine kohärente Integrationspolitik sowie die mit dem Bundesamt für Migration BFM vereinbarten Programmkonzepte umzusetzen, die Integrationsförderung zu koordinieren, die notwendigen Verhandlungen mit den Trägerschaften zu führen und die Evaluation und das Controlling der Integrationsförderung im Kanton Schaffhausen durchzuführen.

Sprachförderung für Migrantinnen und Migranten

- Ergebnis:

Die Angebote zur Sprachförderung konnten weiterentwickelt und ausgebaut werden. Die verstärkten Informationsmassnahmen, die Durchführung von Integrationsvereinbarungen und die Intensivierung der Integrationsförderung von anerkannten Flüchtlingen und vorläufig aufgenommenen Personen haben zur erwünschten Steigerung der Nachfrage nach Deutsch- und Integrationskursen geführt.

Erarbeitung der Grundlagen für ein kantonales Integrationsgesetz

- Ergebnis:

Die Grundlagen für ein kantonales Integrationsgesetz wurden erarbeitet und dem Kantonsrat mit der Vorlage des Regierungsrates vom 24. August 2010 unterbreitet. Der Kantonsrat ist am 6. Dezember 2010 auf die Vorlage eingetreten und ist dem Antrag des Regierungsrates, vorläufig auf die Schaffung eines kantonalen Integrationsgesetzes zu verzichten, bis schlüssige Rahmenbedingungen des Bundes vorliegen, mit 36 zu 7 Stimmen gefolgt.

Einführung Biometrie

- Ergebnis:

Die Biometrie bei Ausweisschriften ist im Rahmen der bundesrechtlichen Vorgaben eingeführt.

Optimierung des Antragsverfahrens für Identitätskarten

- Ergebnis:

Das Antragsverfahren wurde auf Beschluss des Kantonsrates nicht optimiert. Da auf Bundesebene im Jahr 2012 ein Projekt für ein neues Antragsverfahren für Identitätskarten bei den Gemeinden lanciert wurde, sind zukünftige Anpassungen auf kantonaler Ebene jedoch nicht auszuschliessen.

Kultur

- Ergebnis:

Der Regierungsrat verabschiedete am 9. März 2010 die Strategie zur Kulturförderung, die anschliessend den Medien vorgestellt wurde.

In den Leistungsvereinbarungen vorgesehene besondere Zugangskonditionen zu kulturellen Anlässen beziehen sich auch auf Ler-

nende. Mangels personellen und strukturellen Ressourcen konnten in diesem Bereich keine weiteren Massnahmen umgesetzt werden. Operative Umsetzung: Das Schulamt führt auf der Serviceplattform Schule des Kantons Schaffhausen (www.schule.sh.ch) eine Rubrik Kultur und Schule, auf der Informationen zu kulturellen Angeboten aufgeschaltet sind, die sich insbesondere an Lehrpersonen, Schüler, Schülerinnen und Lernende sowie deren Eltern richten.

Steigerung der Attraktivität der römischen Kleinstadt Iuliomagus in Schleithem und weiterer archäologischer Fundstellen

- Ergebnis:

Römische Kleinstadt Schleithem:

Es wurden weitere Elemente zur touristischen Attraktivierung der römischen Kleinstadt Schleithem/Iuliomagus realisiert. Zusätzlich zum Thermenmuseum konnte eine römische Kelleranlage unter einem Schutzbau konserviert und für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Am 28. Mai 2011 konnte ein Römerpfad mit acht Orientierungstafeln zu den wichtigsten römischen Stätten und Anlagen in Schleithem (Thermen, Tempelbezirk, Streifenhäuser, Gutshöfe Lendenberg, Brüel und Vorholz) eingeweiht werden.

Spät Römisches Kastell Stein am Rhein-Burg:

Die stark verwahrloste Südostfront des spät römischen Kastells Stein am Rhein/Tasgetium konnte 2011 umfassend vom zerstörerischen Pflanzenbewuchs befreit und die Mauern konnten restauriert werden. Dem Besucher tritt somit wieder die alte Fassade in ihrer ursprünglichen Wehrhaftigkeit entgegen.

Attraktivierung Fundstellen Thayngen (u.a. Kesslerloch):

Die bedeutenden Moorsiedlungen von Thayngen-Weier gehören seit 2011 zum UNESCO-Weltkulturerbe. Vor Ort informieren drei Orientierungstafeln über die bedeutende Siedlungsstelle, die Ausgrabungen und die dabei gemachten Funde. Die Attraktivierung des Kesslerlochs und weiterer Fundstellen im Fulachtal ist in Planung.

Sport- und Veranstaltungshallen Stahlgiesserei

- Ergebnis:

Die Grundlagenarbeit und die Vorbereitung des Grossprojekts wurden erfolgreich abgeschlossen. Die Denkmalpflege Schaffhausen hat mit wissenschaftlichen Grundlagen die Voraussetzung für eine Einigung mit der Eigentümerschaft geschaffen. So konnten die Erhaltungsziele des sehr wertvollen industriehistorischen Gebäudes

eigentümergebunden festgelegt werden. Das Quartierplanverfahren konnte durchgeführt und abgeschlossen werden.

NHTLZ (BBC-Arena) und FCS-Park

- Ergebnis:

Der Regierungsrat hat den Kantonsrat in der Vorlage betreffend Sport- und Veranstaltungshallen in der Stadt Schaffhausen vom 28. September 2010 über die in der Stadt Schaffhausen geplanten Sport- und Veranstaltungshallen orientiert und Möglichkeiten aufgezeigt, die Infrastruktur im Bereich der Sport- und Veranstaltungshallen in Schaffhausen im Sinne der Legislaturziele an die bestehenden Bedürfnisse anzupassen. Nach der Zustimmung zu den jeweiligen Orientierungsvorlagen 2010 durch Kantons- und Stadtparlament wurden die Detailarbeiten in Angriff genommen. Insbesondere die Abstimmung im baulichen Bereich und im Betriebskonzept zeigte, dass eine kombinierte Nutzung mit allen Sportvereinen, der Schulnutzung und Veranstaltungen zu nicht vertretbaren, nicht finanzierbaren und nicht überwindbaren Nutzungskonflikten führt. Regierungs- und Stadtrat sind darum im Mai 2011 zusammen mit Vertretern der Stiftungen «NHTLZ» und «Sporthalle Schaffhausen» sowie der Sportvereine Kadetten Handball und VC Kanti übereingekommen, für die weiteren Planungen bei der Sporthalle in der Stahlgiesserei nicht mehr von einer Nutzung für den Publikumssport im bisherigen Mass auszugehen. Die vom Kantonsrat (Beschluss vom 21. Februar 2011) bewilligten Unterstützungsbeiträge für die Projekte «NHTLZ» und «Bridge» (Tribünen) wurden nicht ausbezahlt. Die betreffenden Kreditbeschlüsse des Kantonsrates wurden hinfällig, da die darin enthaltene Bedingung – die Austragung von Wettkampfspielen der Kadetten in der Stahlgiesserei – aufgrund der geschilderten Umstände nicht gewährleistet werden konnte. Vor dem Hintergrund der überregionalen Ausstrahlung des NHTLZ beabsichtigt der Regierungsrat in Absprache mit dem Stadtrat Schaffhausen, dem Kantonsrat erneut einen angemessenen Unterstützungsbeitrag zu beantragen. Voraussetzung für ein paralleles Vorgehen mit der Stadt Schaffhausen ist namentlich, dass die Stiftungen «NHTLZ / Sporthalle Schaffhausen» und der Stadtrat Schaffhausen noch offene (den Kanton nicht betreffende) Punkte in einer Vereinbarung bereinigen. Dem Kantonsrat wird 2013 eine entsprechende Kreditvorlage unterbreitet. Betreffend FCS-Park wird 2013 ein Entscheid über die Ausrichtung eines einmaligen Investitionsbeitrages bzw. Darlehens getroffen, sobald die Finanzierung und Realisierung des FCS-Parks sichergestellt ist.

8 SICHERHEIT UND JUSTIZ

Beitritt Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen

- Ergebnis:

Mit Beschluss vom 8. Juni 2009 hat der Kantonsrat den vom Regierungsrat am 4. November 2008 beschlossenen Konkordatsbeitritt genehmigt.

Aktive Unterstützung der Stadt Schaffhausen bei der Umsetzung der Massnahmen gegen Nachtruhestörungen und Vandalismus in der Altstadt, welche die vom Kanton und der Stadt Schaffhausen eingesetzte Arbeitsgruppe erarbeitet haben

- Ergebnis:

Die Schaffhauser Polizei unterstützt die Stadt Schaffhausen bei der Umsetzung der Massnahmen.

Fertigstellung der Gefahrenkarte Teilgebiet III (Klettgau)

- Ergebnis:

Die Gefahrenkarten Teilgebiet III (Klettgau) wurden vom Regierungsrat mit Beschluss vom 8. Juni 2010, diejenigen vom Teilgebiet IV (oberer Kantonsteil, Dörfingen und Thayngen) mit Beschluss vom 6. September 2011 genehmigt. Die Naturgefahrenkarten wurden den Gemeinden zur Umsetzung und Berücksichtigung in der Zonen- und Nutzungsplanung übergeben. Sämtliche notwendigen Naturgefahrenkarten wurden damit termingerecht erstellt.

Justizgesetz des Kantons Schaffhausen

- Ergebnis:

Mit dem Justizgesetz werden Organisation und Zuständigkeit der kantonalen Justiz- und Strafverfolgungsbehörden neu geregelt. Der Kantonsrat hat der Vorlage am 9. November 2009 einstimmig zugestimmt, aufgrund der einzig noch umstrittenen Frage der Anzahl Friedensrichterkreise die Vorlage jedoch der Volksabstimmung unterstellt. Die Stimmberechtigten entschieden sich am 7. März 2010 für die Schaffung von (maximal) vier Kreisen. Die Änderungen sind am 1. Januar 2011 zeitgleich mit den schweizerischen Prozessordnungen in Kraft getreten.

Umsetzung der Reorganisation der Staatsanwaltschaft

- Ergebnis:

Zusammenführung der Strafuntersuchungsbehörden Untersuchungsrichteramt, Verkehrsstrafamt, Jugendanwaltschaft und Staatsanwalt zu einer einheitlichen Staatsanwaltschaft.

Teilrevision des Polizeiorganisationsgesetzes

- Ergebnis:

Die Änderung des Gesetzes über die Organisation des Polizeiwesens (Polizeiorganisationsgesetz) vom 2. April 2012 wurde auf den 1. November 2012 in Kraft gesetzt.

Ratifikation der Interkantonalen Vereinbarung über die computergestützte Zusammenarbeit der Kantone bei der Aufklärung von Gewaltdelikten (ViCLAS-Konkordat)

- Ergebnis:

Der Kantonsrat hat am 23. Januar 2012 den am 9. August 2011 erklärten Beitritt des Kantons Schaffhausen zur interkantonalen Vereinbarung (bzw. Konkordat) über die computergestützte Zusammenarbeit der Kantone bei der Aufklärung von Gewaltdelikten vom 2. April 2009 (ViCLAS-Konkordat) genehmigt.

Zweischichtbetrieb Schwerverkehrskontrollzentrum

- Ergebnis:

Der Zweischichtbetrieb ist mit Beschluss des Regierungsrates vom 2. Februar 2010 und mit Ergänzungsvereinbarung mit dem Bundesamt für Strassen (Astra) von 2012 eingeführt worden.

Kantonales Polizei- und Sicherheitszentrum und Nachnutzung des Klosterbezirks West

- Ergebnis:

Der Kantonsrat beschloss am 7. Mai 2012 die Projektierung eines Polizei- und Sicherheitszentrums am Standort Herblingen-Solenbergstrasse gemäss Vorlage des Regierungsrates betreffend Grundsatzentscheid für die weitere Planung eines Polizei- und Sicherheitszentrums für den Kanton Schaffhausen vom 1. November 2011. Weiter genehmigte er Kredite für die Entwicklung des Klostersviertels (Masterplan) und ein Vorprojekt für die Auslagerung des Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamtes. Die weiteren Projektarbeiten wurden an die Hand genommen.

Revision von Verordnungen im Polizeibereich

- Ergebnis:

Die Polizeiverordnung ist am 23. Oktober 2012 total revidiert und auf den 1. November 2012 in Kraft gesetzt worden.

Gesetz zur Einführung des Kindes- und Erwachsenenenschutzrechts

- Ergebnis:

Das Gesetz hebt die bisherigen kommunalen Vormundschaftsbehörden auf und schafft per 1. Januar 2013 eine kantonale Kindes- und Erwachsenenenschutzbehörde. Den Gemeinden verbleibt die Führung derjenigen Beistandschaften, welche nicht privaten Beiständen übertragen werden können. Dazu schliessen sie sich zu regionalen Berufsbeistandschaften zusammen, deren Anzahl bei maximal vier begrenzt ist. Der Kantonsrat hat der Änderung am 21. November 2011 mit 49:1 zugestimmt.

9 SIEDLUNGSENTWICKLUNG UND UMWELT

Sachplanverfahren Tiefenlager

- Ergebnis:

Im April 2008 genehmigte der Bundesrat den Sachplan geologische Tiefenlager, der das Auswahlverfahren für geologische Tiefenlager für radioaktiven Abfall in drei Etappen regelt. Im Oktober 2008 schlug die Nagra sechs potentielle Standortgebiete vor. Der Kanton Schaffhausen ist von drei Vorschlägen betroffen (Nördlich Lägeren, Zürich Nordost und Südranden). Nach einer Prüfung der Vorschläge durch Sicherheitsbehörden und -kommissionen des Bundes und nach der Erarbeitung von raumplanerischen Grundlagen wurden die Ergebnisse im Herbst 2010 in die Vernehmlassung gegeben. Der Kanton Schaffhausen brachte in seiner Stellungnahme vom 23. November 2010 deutlich zum Ausdruck, dass er die Lagerstandorte in unmittelbarer Nähe zur Agglomeration Schaffhausen, wo 80 Prozent der Bevölkerung und Arbeitsplätze im Kanton konzentriert sind, als unzumutbar ablehnt. Ende November 2011 hat der Bundesrat entschieden, alle sechs von der Nagra vorgeschlagenen Standortgebiete in den Sachplan geologische Tiefenlager aufzunehmen. Die ursprünglich geplante Dauer der Etappe 2 wurde von 2.5 auf 4 Jahre verlängert.

Die Standortregionen, darunter der Südranden, bauten in Etappe 2 die sogenannte regionale Partizipation auf. Mit Unterstützung des Kantons und unter Leitung des Bundesamtes für Energie werden in den Standortregionen seither Fragen zu den Oberflächenanlagen, zu sozioökonomisch-ökologischen Aspekten, zur Entwicklung in den Standortregionen und zu Aspekten der Sicherheit diskutiert. Die Vorschläge der Nagra zur Platzierung der Oberflächenanlagen beurteilte der Regierungsrat am 20. Januar 2012 als eine unzumutbare Gefährdung des Klettgauer Grundwasserstroms und der raumplanerischen und wirtschaftlichen Entwicklung im Klettgau. Auf Druck der Kantone wurden in den Standortregionen zusätzliche 2D-seismische Untersuchungen durchgeführt. Ebenfalls auf Verlangen der Kantone wurden die Kriterien zur Standortwahl der Oberflächenanlagen überarbeitet, weil sie eine höhere Gewichtung des Grundwasserschutzes forderten. In der Legislaturperiode wurden zum Thema «Tiefenlagerung radioaktiver Abfälle» zahlreiche politische Vorstösse aus dem Kantonsparlament beantwortet.

In Ergänzung zu den sicherheitstechnischen Abklärungen hat der Kanton Schaffhausen am 21. April 2010 die Resultate einer eigenen Studie zur Abschätzung der sozioökonomischen Effekte im Kanton Schaffhausen publiziert. Die Studie bestätigt die Befürchtungen des Schaffhauser Regierungsrates, dass ein geologisches Tiefenlager die sozioökonomische Entwicklung des Kantons negativ beeinflussen würde.

Belebung des Immobilienmarktes

- Ergebnis:

Eine Arbeitsgruppe «Immobilien» unter der Leitung des Baudepartements hat in der vergangenen Legislaturperiode verschiedene Massnahmen zur Verbesserung des Immobilienangebots entwickelt. Sämtliche möglichen Massnahmen wurden im Sinne einer Auslegeordnung in einer aus Fraktionsvertretern sowie Vertretern aus Gemeinden und Verbänden breit abgestützten Begleitgruppe beraten und bewertet. Bisher wurden folgende Massnahmen getroffen und umgesetzt:

- Revision Baugesetz 2010
 - Verkürzung der Verjährungsfrist für Grundeigentümerbeiträge und Anschluss-, Betriebs-, Benützungs- oder Unterhaltsgebühren auf 5 Jahre (bisher 10 Jahre)
 - Verbot Stundung
- Praxisänderungen Steuern
 - Verzicht auf eine betragsliche Begrenzung der Einlagen in den Reparatur- und Erneuerungsfonds bei Stockwerkeigentum
 - Erhöhung der zulässigen pauschalen Rückstellungen für Grossrenovationen bei Mehrfamilien-Mietobjekten auf jährlich 2 % (bisher 1 %) des Steuerwertes bzw. maximal total 20 % (10 %) des Steuerwertes
 - ImmoCheck Schaffhausen

In der aktuellen Legislaturperiode sollen folgende Massnahmen geprüft und umgesetzt werden:

- Richtplanrevision
- Baugesetzrevision

Revision des Natur- und Heimatschutzgesetzes

- Ergebnis:

Die Natur- und Heimatschutzgesetzgebung aus dem Jahr 1968 ist u.a. betreffend Inventarisierung, Denkmalpflege-Beiträge, künftige Rolle der Kantonalen Natur- und Heimatschutzkommission zu überarbeiten. Dazu soll ein Revisionsentwurf des Natur- und Heimatschutzgesetzes in die Vernehmlassung gehen. Die Überarbeitung der Natur- und Heimatschutzgesetzgebung wurde zurückgestellt und wird ins Legislaturprogramm 2013-2016 aufgenommen.

Abfallplanung

- Ergebnis:

Die Umsetzung der Abfallplanung 2008 wurde weiter vorangetrieben: Der Abfallunterricht an den Schulen wurde weitergeführt, das Recycling inerter Bauabfälle wurde verbessert und es wurde ein regionales Stoffflussmodell zu bestimmten Baustoffen erstellt. Die Begleitung der neuen KBA Hard durch das Interkantonale Labor wurde intensiviert. Zudem wurde ein neues Online-Abfallerfassungstool (EWW Abfallstatistik) in Betrieb genommen. Es erleichtert die Erfassung und die statistischen Auswertungen.

Wasserwirtschaftsplan

- Ergebnis:

Die vom Kanton erstellten Wasserversorgungskonzepte werden von den meisten Gemeinden zügig umgesetzt. Ein wichtiger Grund dafür ist, dass nur noch bis Ende 2015 Subventionen bei der kantonalen Gebäudeversicherung geltend gemacht werden können.

Massnahmenplan Lufthygiene

- Ergebnis:

Der Massnahmenplan 2006 / 2007 enthält 21 Massnahmen, die von den zuständigen Departementen und Dienststellen sukzessive umgesetzt werden. Im Jahre 2010 wurde ein detaillierter Zwischenbericht erstellt und dem Regierungsrat zur Kenntnis gebracht. Es sind diverse Verbesserungen erzielt worden. Da die Vorgaben der Luftreinhalteverordnung jedoch noch nicht in allen Belangen eingehalten werden, sind die Anstrengungen weiter zu führen.

Erstellung einer Auslegeordnung zum Handlungsbedarf betreffend Klimawandel (inkl. Klimabericht)

- Ergebnis:

In Zusammenarbeit mit allen involvierten Dienststellen wurden eine Auslegeordnung zum Klimawandel erstellt und Massnahmen zur Anpassung an den Klimawandel vorgeschlagen. Die wichtigsten Handlungsfelder sind Wasser, Landwirtschaft, Naturgefahren, Biodiversität, Bau- und Energiesektor sowie Siedlungsentwicklung. Im Januar 2011 wurde der Bericht vom Regierungsrat zur Kenntnis genommen.

Grenzüberschreitende Grundwasserbewirtschaftung D/CH

- Ergebnis:

In der Legislaturperiode 2009–2012 wurden keine zusätzlichen Projekte in der grenzüberschreitenden Grundwasserbewirtschaftung lanciert, da Abklärungen ergeben haben, dass kein unmittelbarer Handlungsbedarf besteht.

«Bewässerung» im oberen Kantonsteil

- Ergebnis:

Grundsätzlich sind gemäss kantonalem Richtplan Wasserentnahmen für Bewässerungen nur aus den 1. Klass-Gewässern möglich. Die Biber soll im oberen Kantonsteil mittelfristig von Wasserentnahmen befreit werden. Dazu werden die bestehenden Wasserentnahmen an den Rhein verlegt und dort an einer zentralen Entnahmestelle konzentriert. Die Bewässerungsgenossenschaft Bibertal arbeitet zurzeit an der Detailplanung der Anlage.

Richtplanrevision (Angestrebte räumliche Entwicklung)

- Ergebnis:

Die Richtplanrevision erfolgte in einem mehrstufigen Verfahren. Das Raumkonzept, welches zusammen mit dem Zukunftsbild für das Agglomerationsprogramm 2. Generation departementsübergreifend erarbeitet wurde, bildet die Grundlage für die inhaltliche Bearbeitung des Richtplans. Der Richtplanentwurf war in der öffentlichen Auflage vom 18. April bis 20. Juni 2012 und wird 2013 dem Kantonsrat vorgelegt.

Machbarkeitsstudie für die Folgenutzung Gefängnis sowie die mittel- und langfristige Entwicklung des Klostersviertels / neue Rheinufergestaltung

- Ergebnis:

Die durch die Projektentwicklung des Baudepartements in Auftrag gegebene Studie «Machbarkeitsstudie Klosterbezirk West, Schaffhausen» konnte im April 2011 abgeschlossen werden. Das Areal weist sowohl wirtschaftlich als auch städtebaulich ein grosses Potenzial auf, befindet sich aber in einem diffizilen Umfeld, indem es verschiedenste Bedürfnisse und Anliegen zu berücksichtigen gilt. Diese sind in einem weiteren Planungsschritt zu ermitteln und in Form eines Masterplans zu beantworten. Gleichzeitig wird das Projekt organisatorisch dem Projekt «Polizei- und Sicherheitszentrum» angegliedert.

Gesetz gegen Atommüll-Lagerstätten

- Ergebnis:

Am 19. Mai 2008 hat der Kantonsrat die abgeänderte Motion von Kantonsrat Hans-Jürg Fehr betreffend Widerstand gegen Atommüll-Lager erheblich erklärt. Am 25. Mai 2010 erfolgte Bericht und Antrag des Regierungsrates an das Parlament. Gemäss Antrag soll sich die Widerstandspflicht nicht nur auf das Kantonsgebiet beschränken, sondern auf die angrenzende Nachbarschaft ausgedehnt werden. Am 22. November 2010 wurde die Gesetzesänderung mit 46 zu 6 Stimmen angenommen. Das Gesetz unterstand aufgrund des Abstimmungsresultates der fakultativen Volksabstimmung. Die Referendumsfrist verstrich am 24. Februar 2011 ungenutzt.

Nitratreduktion Klettgau (Chrummenlanden)

- Ergebnis:

Mit dem Projekt «Nitratreduktion Klettgau» soll die Nitratkonzentration im Trinkwasser aus dem Grundwasserpumpwerk Chrummenlanden unter 25 mg/l gesenkt werden. Im Jahre 2008 standen 80 % der bewirtschafteten Flächen im Einzugsgebiet des Pumpwerkes unter Vertrag. Seither konnten sämtliche Landwirte im Einzugsgebiet für das Projekt gewonnen werden. Die Nitratkonzentration bewegt sich im Bereich der angestrebten 25 mg/l. Die Finanzierung wurde bis Ende 2012 vom Bund und vom Kanton sichergestellt. Obwohl der Kanton seinen finanziellen Anteil ab 2013 reduziert, konnte die Finanzierung für das Jahr 2013 sichergestellt werden; ein entsprechender Antrag für ein Übergangsjahr wurde an den Bund gestellt. Ab 2014 wird die Finanzierungsgrundlage aufgrund der neuen Agrarpolitik des Bundes neu geregelt. Der Antrag für die dritte sechsjährige Projektperiode wird daher erst Ende 2013 gestellt. Die Finanzierung ab 2014 ist damit noch nicht gesichert.

Die Wasserqualität im Gebiet «Chrummlanden» konnte nachhaltig verbessert werden, sodass heute wieder Trinkwasser aus der Grundwasserfassung «Chrummlanden» entnommen werden kann.

Materialabbaukonzept

- Ergebnis:

Das Materialabbaukonzept wurde aktualisiert und ergänzt mit Aussagen zur Ablagerung von unverschmutztem Aushub. Es soll 2013 verabschiedet werden.

Verhinderung der Ausbreitung von eingeschleppten Pflanzen

- Ergebnis:

Am 15. November 2011 hat der Regierungsrat beschlossen, die kantonale Umweltschutzverordnung mit einem Kapitel zur biologischen Sicherheit zu ergänzen. Gestützt auf die eidgenössischen Vorgaben in der Freisetzungsverordnung wurde insbesondere die Bekämpfung von invasiven Neophyten (gebietsfremde Pflanzen, die sich auf Kosten anderer ungebremst vermehren) im Kanton geregelt. Dazu gehören die Koordination von Massnahmen durch das Interkantonale Labor und das Monitoring von invasiven Neophyten. Im kantonalen GIS werden seit 2012 die Neophyten abgebildet. Die Änderung trat am 1. Januar 2012 in Kraft.

Vorlage zur Renaturierung von Fließgewässern und Hochwasserschutz

- Ergebnis:

Der Regierungsrat hat eine Vorlage zur Revision des kantonalen Wasserwirtschaftsgesetzes (WWG) verabschiedet und dem Kantonsrat zur Beratung übergeben. Die vorgesehene Teilrevision des WWG berücksichtigt zwei parlamentarische Vorstösse: Das Postulat von Christian Amsler, welches ein «Konzept für verstärkte Anstrengungen zur Revitalisierung von Schaffhauser Fließgewässern» verlangt, sowie die Motion von Franz Hostettmann betreffend «Kantonsbeiträge für Hochwasserschutzprojekte der Gemeinden». Der Regierungsrat beabsichtigt, Fließgewässer und insbesondere Kleingewässer stärker als bisher zu revitalisieren. Dazu sollen vermehrt Gemeindeprojekte initiiert und stärker unterstützt werden. Zudem sollen die Gemeinden neu Kantonsbeiträge für einen naturnahen Gewässerunterhalt erhalten. Der Kantonsrat hat der Teilrevision des Wasserwirtschaftsgesetzes am 10. Dezember 2012 mit 52 zu 1 Stimmen zugestimmt.

Kantonaler Waldplan

- Ergebnis:

Vom Kantonalen Waldplan existiert ein Entwurf aus dem Jahr 1999. Er wurde damals bei den Gemeinden in Vernehmlassung gegeben, aber anschliessend nicht weiter verfolgt. Das Projekt wurde auch bis und mit 2012 nicht weiterverfolgt.

Gemäss Art. 23 des Kantonalen Waldgesetzes enthält der Kantonale Waldplan die Schutzzonen gemäss Bundesgesetz über die Raumplanung und der Natur- und Heimatschutzgesetzgebung, die Waldreservate, die Wälder mit besonderer Schutzfunktion sowie weitere Wälder mit Funktionen von kantonaler Bedeutung. Im Kantonalen Waldplan werden die Vorgaben der Richtplanung berücksichtigt. Die Ausscheidung der Wälder mit besonderer Schutzfunktion wurde im Jahr 2012 fertiggestellt. Für eine Neuaufnahme dieses Projektes wäre es von Vorteil, wenn zuvor der Richtplan definitiv genehmigt würde.

Prüfung Höherstau Rhein

- Ergebnis:

Die Ergebnisse der Vorstudie zur Machbarkeit einer Stauerhöhung beim Kraftwerk Schaffhausen liegen vor. Sie zeigen, dass ein Höherstau grundsätzlich technisch machbar ist. Die Studie nennt die notwendigen rechtlichen, technischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen, welche für die Realisierbarkeit gegeben sein müssen. Die tatsächliche Machbarkeit eines Höherstaus kann noch nicht abschliessend beurteilt werden, denn verschiedene Punkte setzen noch vertiefte Abklärungen voraus. Dabei liegen die Prioritäten bei den Fragen Konzessionsanpassung, der allfälligen Beeinträchtigung der «Schaarenwies» (Flachmoor von nationaler Bedeutung), der Frage des aufsteigenden Grundwassers sowie insbesondere auch bei der Wirtschaftlichkeit. Die Klärung dieser Fragen ist entscheidend, ob und in welchem Umfang ein Höherstau tatsächlich machbar ist. Gemäss der Studie liegt das Potenzial eines Höherstaus im Bereich von 3–8 GWh/J.

Unterstützung bei der Errichtung des Regionalen Naturparks

- Ergebnis:

Als Projektträger hat der Verein Agglomeration Schaffhausen (VAS) zur Schaffung des grenzübergreifenden Naturparks in der Region Schaffhausen beigetragen. Die Vorarbeiten unter Federführung des VAS (Eignungsprüfung, Machbarkeitsstudie und Managementplan) sind weitgehend abgeschlossen. Die Projektleitung konnte im März 2012 mit der Gründung des Vereins «Regionaler Naturpark Schaffhausen» an diesen übergeben werden.

10 VERWALTUNG, GEMEINDEN UND AUSSENBEZIEHUNGEN

Einführung des Bundesgesetzes über die Registerharmonisierung

- Ergebnis:

Es wurde insbesondere eine kantonale Personendatenplattform eingerichtet, welche sämtliche Daten der kommunalen Einwohnerregister enthält. Die Lieferung der Daten an das Bundesamt für Statistik (Volkszählung) erfolgt neu ab der Personendatenplattform. Ebenfalls Zugriff auf die Personendatenplattform haben die Dienststellen der kantonalen Verwaltung.

Einführung des Bundesgesetzes über internationale Kindesentführungen und die Haager Übereinkommen zum Schutz von Kindern und Erwachsenen

- Ergebnis:

Der Regierungsrat hat am 23. Juni 2009 beschlossen, auf eine gesetzliche Regelung zu verzichten und das Amt für Justiz und Gemeinden als zentrale Behörde im Zusammenhang mit dem Haager Kinderschutzübereinkommen und dem Haager Erwachsenenschutzübereinkommen zu bezeichnen, da dieses bereits zentrale Behörde im Zusammenhang mit dem Haager Adoptionsübereinkommen ist.

Einführung der Handelsregisterverordnung (HRegV)

- Ergebnis:

Eine Anpassung der massgeblichen kantonalen Gesetzesbestimmungen war in Absprache mit dem Eidgenössischen Amt für Handelsregister nicht erforderlich.

Weiterer Ausbau der Geodaten-Infrastruktur

- Ergebnis:

Die Geodaten-Infrastruktur wurde laufend ausgebaut. In den Jahren 2009–2012 wurden folgende zusätzliche Themen unter www.gis.sh.ch veröffentlicht: Gefahrenkarte, Wasserwirtschaftsplan, Kataster der belasteten Standorte, Eignungskarte Erdwärmesonde, Neophyten. Zusätzlich wurde im Hinblick auf den Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen das Datenmodell der Nutzungsplanung erarbeitet.

Sanierung Waldhaus 2. Etappe und Umzug Finanzdepartement ins Waldhaus

- Ergebnis:

Am 4. Mai 2009 wurde mit den Bauarbeiten für die Sanierung begonnen. Der zweite bis vierte Stock wurde für den Einzug der Finanzverwaltung saniert. Dabei wurde die Korridorzone neu materialisiert und beleuchtet. Die 13 Büroräume pro Etage erhielten neue Böden und einen neuen Anstrich. Die Büros und Nebenräume wurden neu möbliert. Zudem konnte neben dem Waldhaus ein unterirdischer Archivraum für die Verwaltung mit einer Fläche von 330 Quadratmeter geschaffen werden.

Kantonsratssaal

- Ergebnis:

Die Umbauarbeiten fanden im Sommer 2009 statt und wurden rechtzeitig zur ersten Sitzung des Kantonsrates abgeschlossen. Der Saal erhielt eine neue Möblierung mit gleichzeitiger Reduzierung der Sitzplätze auf die neue Grösse des Kantonsrates. Das gesamte Täfer an den Wänden und an der Decke wurde sorgfältig restauriert. Die Malereien an den Wänden wurden nur gereinigt, die Profilierungen teilweise ausgebessert. Der Kantonsratssaal wurde mit einer neuen Deckenleuchte ausgestattet. Zudem wurde eine neue Steuerung für Licht, Storen und Beamer installiert.

Projekt der Lohnapplikation (Einführung 1. Januar 2011)

- Ergebnis:

Die neue Lohnapplikation konnte fristgerecht eingeführt werden und hat sich in der Zwischenzeit bewährt.

Weiterentwicklung und Stärkung des Vereins

Agglomeration Schaffhausen

- Ergebnis:

In der Legislaturperiode sind insgesamt sieben Gemeinden als Voll- oder assoziierte Mitglieder zum Verein Agglomeration Schaffhausen gestossen. Zudem hat der Verein zahlreiche Projekte in den Bereichen Verkehr und Siedlung sowie Kultur und Freizeit angestossen und begleitet, so das jährliche grenzüberschreitende Literaturfestival «Erzählzeit ohne Grenzen» und die Museumsnacht Hegau-Schaffhausen. Zudem hat der Fachausschuss Verkehr und Siedlung des VAS das 2. Agglomerationsprogramm erarbeitet und in Vernehmlassung gegeben (Prüfung durch den Bund bis 2013).

Öffentliche Beurkundungen

- Ergebnis:

Mit dem Justizgesetz (Inkrafttreten am 1. Januar 2011) wurden die bisher vom Einzelrichter des Kantonsgerichts vorgenommenen öffentlichen Beurkundungen dem Handelsregisteramt/Notariat übertragen. Zudem können die Beurkundungen im Bereich des Ehe- und Erbschaftswesens ab dem 1. Januar 2011 nicht mehr nur durch die Schreiber der Erbschaftsbehörden vorgenommen werden, sondern neu auch durch das Amt für Justiz und Gemeinden. Damit können alle öffentlichen Beurkundungen unter einem Dach erfolgen.

Informatik und eGovernment

- Ergebnis:

Die Informatik und das eGovernment wurden mit der Vereinbarung zwischen dem Regierungsrat und dem Stadtrat über die eGovernment- und Informatikstrategie sowie den gemeinsamen Informatikbetrieb vom 9. November 2010 / 16. November 2010 auf eine neue Basis gestellt.

Integration der konsolidierten Objekt- und Personendaten zu einer kantonalen Datenplattform

- Ergebnis:

Die Zusammenführung der Personendaten (d.h. der Daten, welche in den kommunalen Einwohnerregistern geführt werden) auf der kantonalen Personendatenplattform ist erfolgreich abgeschlossen. Die erste operative Lieferung der Daten ab der Plattform an das Bundesamt für Statistik erfolgte per 31. Dezember 2010. Der Entscheid des Regierungsrates über eine Objektdatenplattform steht noch aus.

Teilrevision des Wahlgesetzes (technische Anpassungen)

- Ergebnis:

Der Vorlage des Regierungsrates hat der Kantonsrat am 5. Juli 2010 zugestimmt. Bei den Nationalratswahlen 2011 wurde die Wahlsoftware «Sesam» für die Resultaterfassung der Gemeinden erstmals flächendeckend eingesetzt.

Erarbeitung der Strategie zur Langzeitarchivierung von elektronischen Daten

- Ergebnis:

Der Regierungsrat nahm mit Beschluss vom 10. Januar 2012 die Strategie zur Kenntnis und erteilte den Auftrag zur Umsetzung der darin empfohlenen Massnahmen.

Unterstützung der Gemeinden bei der Aus- und Weiterbildung und bei der Erfassung des kommunalen Rechts

- Ergebnis:

Es wurden verschiedene Veranstaltungen für Funktionäre und Mitglieder von Gemeindebehörden durchgeführt sowie der Umgang mit den kommunalen Rechtssammlungen anlässlich der Gemeindevisitationen besprochen. Das Amt für Justiz und Gemeinden wird zudem gemäss RRB vom 20. Dezember 2011 zentrale Anlaufstelle für die Gemeinden bei Fragen betreffend Zusammenarbeitsverträgen und stellt, sofern ein Staatsvertrag notwendig ist, die Kontakte zu den Nachbarkantonen her.

In die Rechenschaftsperiode fällt zudem die Gemeindefusion Beringen-Guntmadingen, welche am 1. Januar 2013 in Kraft tritt.

Umsetzung der Gemeindearchivverordnung

- Ergebnis:

Im Jahr 2010 wurde ein mehrteiliger Einführungskurs für Gemeindearchivverantwortliche durchgeführt. Die Visitationen der Gemeindearchive erfolgten in den Jahren 2011 und 2012.

Die Gemeindearchivverordnung ist seit dem 1. Januar 2010 in Kraft. Die fachtechnische Aufsicht liegt neu beim Staatsarchiv. Es hat seither die meisten Gemeindearchive einer eingehenden Visitation unterzogen und dabei jeweils einen ausführlichen Bericht erstellt, der auch die zu ergreifenden Massnahmen umfasst.

Überarbeitung des Mitarbeiterbeurteilungssystems

- Ergebnis:

Das neue Mitarbeiterbeurteilungssystem mit Wirkung ab Beurteilungsperiode 2010 wurde mit Regierungsratsbeschluss vom 26. Januar 2010 eingeführt.

Erarbeitung und Umsetzung individueller und flexibler Arbeitszeitmodelle

- Ergebnis:
Umgesetzt mit dem Inkrafttreten der Arbeitszeitverordnung vom 31. August 2010 per 1. Januar 2011.

Umsetzung des Personalentwicklungskonzeptes

- Ergebnis:
Das Personalentwicklungskonzept wurde mit Beschluss des Regierungsrates vom 8. Dezember 2009 auf den 1. Januar 2010 eingeführt.

Aktive Rolle des Kantons bei der internationalen und interkantonalen Zusammenarbeit, insbesondere im Verein Metropolitankonferenz Zürich; Positionierung von Schaffhausen

- Ergebnis:
Der Kanton Schaffhausen bringt sich als Mitglied in den grenzüberschreitenden Gremien Internationale Bodenseekonferenz (IBK), Hochrheinkommission (HRK), Randenkommission sowie dem EU-Förderprogramm Interreg ABH aktiv ein. Beim Aufbau der Metropolitankonferenz Zürich war er als Gründungsmitglied aktiv beteiligt (u.a. eine Metropolitankonferenz in Schaffhausen). Heute ist der Kanton Schaffhausen in mehreren exekutiven und operativen Gremien des Vereins vertreten. Zudem liegt die Leitung des Projekts «Vom Rauschen in die Stille» beim Kanton Schaffhausen.

Intensivierung der Beziehungen zum Land Baden-Württemberg

- Ergebnis:
Die grenzüberschreitenden Beziehungen zu Baden-Württemberg sind mit regelmässigen Treffen zwischen der Schaffhauser Regierung und dem Regierungspräsidium Freiburg gestärkt worden. Meilensteine des bilateralen Austauschs bildeten mehrere Besuche der Landesregierung von Baden-Württemberg im Kanton Schaffhausen, so der Besuch von Minister Peter Friedrich im Oktober 2011, von Landtagspräsident Guido Wolf im März 2012 und von Ministerpräsident Winfried Kretschmann im September 2012.

Verkauf eines Grundstückareals in Schaffhausen

- Ergebnis:
Nach Eingabe eines sehr ansprechenden Angebotes hat die Firma B 53 immobilien AG den Zuschlag zum Kauf des Grundstücks GB Nr. 1593 erhalten zu einem Kaufpreis von Fr. 2'245'575.– (Fr. 395.– pro m²). Der Verkauf wurde am 17. August 2011 beurkundet, die Firma B 53 immobilien AG hat die Anzahlung von Fr. 200'000.– überwiesen. Anschliessend ist Thomas Hauser (Malerbetrieb), wie in der Vorlage an den Kantonsrat beschrieben, in das Geschäft eingestiegen und hat 1'000 m² für Fr. 395'000.– erworben. Am 23. August 2012 fand die Eigentumsübertragung an die für die B 53 immobilien AG eingetretene Kantonale Pensionskasse Schaffhausen statt (Restkaufpreis Fr. 1'650'575.–).

Anpassung der Vereinbarung zwischen dem Kanton Schaffhausen und dem Kanton Zürich betreffend Aufsicht über die BVG-Stiftungen

- Ergebnis:
Der Kanton Zürich nimmt die Aufsicht wahr über die BVG-Stiftungen mit Sitz im Kanton Schaffhausen. Aufgrund einer Gesetzesänderung des Bundes hat der Kanton Zürich die Aufsicht in eine unabhängige öffentlich-rechtliche Körperschaft ausgelagert. Folgedessen wurde der Vertrag zwischen dem Kanton Schaffhausen und dem Kanton Zürich angepasst.

Vorlage betreffend Einführung des neuen Geoinformationsrechts des Bundes

- Ergebnis:
Das Kantonale Geoinformationsgesetz wurde erarbeitet und vom Kantonsrat am 2. Juli 2012 einstimmig genehmigt. Die Verordnungen zum KGeolG sind in Arbeit.

Gesamtsanierung und Modernisierung der Rathauslaube

- Ergebnis:

Die aufwendigen Arbeiten wurden zwischen April und September 2011 ausgeführt. Im Zuge der umfassenden Fassadensanierung wurde der defekte Fassadenputz ergänzt und erneuert und mit einem ockerfarbenen Kalkanstrich versehen, der auf historische Farbbefunde zurückgeht und die Gesamtwirkung des Baus wieder besser zur Geltung bringt. Restauriert werden mussten die Sandsteinelemente und das gotische Wappentier an der Vorgasse. Eine dezente Beleuchtung an den Fassaden und beim Eingang sowie im Rathausbogen bringt das Gebäude samt Umgebung auch in der Nacht ins «richtige Licht». Die Akustik im Eingangsfoyer konnte mithilfe eines akustischen Deckensegels optimiert werden. Zusätzlich wurden moderne Leuchten installiert.

Hauptziel der Innensanierung der Rathauslaube war die Verbesserung der Technik zur Unterstützung von Anlässen wie Konzerten, Diskussionsabenden, Vorträgen und ähnlichem. Die gesamte Audioanlage musste ersetzt werden, ein Beamer und eine Leinwand wurden in die Kassettendecke eingebaut und die Bühnen- und Sicherheitsbeleuchtung wurde ergänzt oder erneuert. Ebenfalls wurden die gesamten Elektroinstallationen samt Zentrale auf den neuesten Stand der Technik gebracht. Die Renaissancekassettendecke von 1567 wurde restauriert.

Beim Vorzimmer zum Kassenzimmer konnte mit einem Anstrich des Täfers und einer Neumöblierung dem Raum eine bessere Ordnung und eine klare Stilprägung gegeben werden.

Kreditvorlage für einen gemeinsamen Werkhof von Kanton und Stadt Schaffhausen (Bildung eines gemeinsamen Kompetenzzentrums Tiefbau)

- Ergebnis:

Das Baudepartement hat im Jahr 2011 zusammen mit dem Baureferat der Stadt Schaffhausen eine Machbarkeitsstudie zur Zusammenlegung der Werkhöfe lanciert. Im Vordergrund der Abklärungen stand die Erarbeitung eines Raumprogramms mit der Einbindung des städtischen Tiefbauamts und des Werkhofs der städtischen Werke. Die Rahmenbedingungen für eine räumliche Erweiterung des heutigen kantonalen Werkhofs Schweizersbild sind gegeben. Im Zuge der Machbarkeitsstudie wurde auch die Zusammenlegung der Tiefbauämter von Kanton und Stadt zu einem Kompetenzzentrum Tiefbau geprüft. Mit einer Zusammenlegung der Organisationen können erhebliche Synergien bei einer Reduktion der Betriebskosten erreicht werden. 2013 soll die Erarbeitung der Vor- und Bauprojekte für die einzelnen Erweiterungsbauten auf dem Areal Schweizersbild weiter geführt werden, sodass im Jahr 2014 die politischen Beschlüsse auf kantonaler und städtischer Ebene erfolgen können.

E-Voting-Versuche

- Ergebnis:

Am 28. November 2010 wurde im Kanton Schaffhausen – mit Erfolg – der erste E-Voting-Versuch für Auslandschweizerinnen und -schweizer durchgeführt. Im März 2011 sowie an den vier eidgenössischen Abstimmungen 2012 wurden weitere Versuche erfolgreich abgewickelt.

Gesetz zur Änderung des EG ZGB (Erleichterung der Inventarpflicht in Erbschaftssachen)

- Ergebnis:

Die Motion von Jeanette Storrer wurde am 21. März 2011 mit 33:19 erheblich erklärt. Die Verabschiedung der Vorlage durch den Regierungsrat zuhanden des Kantonsrats ist geplant für das erste Quartal 2013.

Revision der Weinverordnung

- Ergebnis:

Ein Entwurf der erforderlichen Anpassungen wurde der Weinbranche zur Vernehmlassung unterbreitet.